

Trans

Aktions

Steuer

fordert Katja Kipping

Im Porträt: Eine Fotostrecke abseits der Stereotype über Identität und Geschlecht. **19**

SS-Veteranen und Bevölkerung feiern "ihre Leistungen" im NS in Feldbach. **14**

Das Leben richtig steuern: Damit haben 16 Prozent der Studierenden ein Problem. **8**

Die neue Vorsitzende der Partei *DIE LINKE* will eine Volksabstimmung. **34**

Wieder in der Schule

Die Debatte um die Lehramtsstudien dreht sich im Kreis.



P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ 02 Z 031545 M | EURO, 73

Dossier: Eingengt. Wer die Rollen neu schreibt. Auf den Spuren einer vielschichtigen Verweigerung.

Neues
Zuhause

Traumjob

Praktikum

gesucht?

Die neue Serviceplattform der ÖH ist da!

→ www.schwarzesbrett-oeh.at

Das Schwarze Brett der Österreichischen HochschülerInnenschaft bietet eine moderne Job-, Wohnen- und Praktikabörse. Sämtliche Services der Plattform können kostenlos genutzt werden!

Keine Provision, keine prekären Arbeitsverhältnisse sowie zahlreiche Informationen zu den Themen Arbeiten, Wohnen und Studieren!

**Schwarzes
Brett** **ÖH**



Cover

Bis 2025 werden 50 Prozent der derzeitigen LehrerInnen in Pension gehen – der LehrerInnenmangel ist vorprogrammiert. Auch qualitativ lässt die LehrerInnenausbildung zu wünschen übrig. Die tagespolitische Debatte schrammt an den eigentlichen Problemen aber vorbei. Ein Besuch auf der Baustelle Schule.

Bildung

08 ALLEINE UND ÜBERFORDERT. Das Therapieplatzangebot für Studierende mit psychischen Problemen wird geringer, darunter leiden vor allem finanziell Schwächere.

09 ICH MACH MEINEN MASTER BEI HUMBOLDT. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei? Ein Pro und Contra.

10 WIE ISST DU? Wenn das Geld knapp wird, muss man beim Essen kreativ werden.

Politik

12 „MANIPULATIVE TENDENZEN AUFDECKEN.“ Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer im Gespräch über direkte Demokratie.

14 TREUE UM TREUE. Jedes Jahr treffen SS-Veteranen, Bevölkerung und lokale steirische PolitikerInnenzene in Feldbach zusammen, um das Dritte Reich zu feiern. Was hinter dem Nazigedenken steckt.

16 MUTTER GOTTES, JUNGFRAU, WERDE FEMINISTIN! Russland und Demokratie haben schon lange ein angespanntes Verhältnis. Im Zuge des Prozesses gegen die Punkband *Pussy Riot* wird es manifest.

17 „SPANIEN IST WEDER DEMOKRATISCH NOCH ZIVILISIERT.“ Die Frauenrechtlerin Ana Maria Pérez del Campo erzählt über den aktuellen konservativ-katholischen Flashback in Spanien – sogar das Recht auf Schwangerschaftsabbruch soll gestrichen werden.

18 SHORT BITES. Schnellinfos abseits des Mainstreams.

Dossier

Was Männer und Frauen ausmacht und wie wir uns unserem Geschlecht nach zu verhalten haben, ist in unserer Gesellschaft klar vorgegeben. Dass dabei mehr Menschen aus der Norm rausfallen als reinpassen, liegt in der Natur der Sache. Viele Menschen machen dem einen Strich durch die Rechnung und leben ihre Identität abseits der gesellschaftlichen Vorstellungen, und dafür wird ihnen das Leben schwer gemacht. Unser Dossier soll aufklären und Denkanstöße abseits traditioneller und altbackener Vorstellungen geben.

20 FEINE DIFFERENZIERUNGEN. Eine unvollständige Begriffsklärung rund um Transsexualität und Transgender.

21 IRGENDWO DAZWISCHEN. Menschen, die sich nicht in vorgegebene Identitätskategorien einordnen wollen, wird das Leben nicht nur im Alltag, sondern auch auf rechtlicher Ebene schwer gemacht.

24 MEHR ALS EINE. Aktivist Broden Giambone im progress-Gespräch über die mediale Darstellung von Transpersonen, Alltagsdiskriminierung und gesellschaftliche Unwissenheit.

26 SKANDALISIERUNG DES NORMALEN. Die Reaktionen auf das Outing der Musikerin Laura Jane Grace, Frontfrau der Band *Against Me!*, als Transgender bleiben weitgehend angenehm unaufgeregt.

Feuilleton

28 WO DER SCHEINWERFER NICHT HINGELANGT. Jungautorin Anna Weidenholzer spricht über erste Schritte im Literaturgeschäft und ihren zweiten Roman *Der Winter tut den Fischen gut*.

30 UAARGH! Comic Zeichnerin Anna Parisa Ehsani zeigt dir die wichtigsten Schritte zu deinem ersten eigenen Comic.

32 EVERYTHING IS GOING TO BE ALRIGHT. Vancouver ist eine hippe Stadt, in der für Arme kein Platz mehr ist.

34 VERHINDERN WIR GEMEINSAM EIN POST-DEMOKRATISCHES EUROPA. Ein Plädoyer der neuen Bundesvorsitzenden der Partei *DIE LINKE*, Katja Kipping, für eine Demokratisierung der Europäischen Union.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Braun gebrannt und blau gestreift sitzen wir pünktlich zu Schulbeginn in unserer Redaktion. Passend zur Jahreszeit haben diesmal Iris Schwarzenbacher und progress-Redakteurin Vanessa Gaigg die Frage gestellt: Wie werden angehende Lehramtsstudierende auf ihre künftige Zeit in den Klassenzimmern vorbereitet? Auf den Seiten vier bis sechs könnt ihr euch selbst ein Bild von der Lage machen. Viel schockierender geht es auf den folgenden Seiten weiter, auf denen wir über ein NS-Veteranentreffen in Feldbach berichten, das einmal mehr vom offiziellen Österreich unterstützt wurde, genauso wie über die geplanten gesetzlichen Änderungen in Spanien, die künftig Schwangerschaftsabbrüche wieder unter Strafe stellen sollen. Ans Herz legen wir euch auch das aktuelle Dossier, in dem sich unsere AutorInnen mit dem Thema Identität auseinandersetzen und Menschen zu Wort kommen, die sich von festgelegten Kategorien nicht länger einengen lassen wollen.

Unbedingt solltet ihr ab 21. September einen Blick auf Unbedingt www.progress-online.at werfen! Dort erwartet euch unsere nigelnagelneue Homepage, mit etlichen Zusatzstorys, Hintergrundberichten und aktuellem Content!

Einen schönen Start ins neue Semester und viel progress,

eure Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 04/2012

Erscheinungsmonat: September

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Chefinnenredaktion: Flora Eder, Vanessa Gaigg

RedakteurInnen dieser Ausgabe: E. Barta, R. Behde, A. Burmeister, M. Brüggemann, A. Ehsani, J. Falkinger, E. Gamperl, S. Gansinger, S. Grössing, P. Lindner, K. Kipping, O. Kroisleitner, V. Kronberger, J. Marot, E. Mittendorfer, B. Pisecky, M. Poigner, P. Poyntner, E. Rajal, V. Rest, G. Sattelberger, I. Schwarzenbacher, S. Sailer, M. Testovich

Cover-Illustration: Luft Fabrik

Dossier: Wenn nicht anders angegeben: J. Rauch

Seite 7: L. Berger

Seite 11: A. Obermüller

Seite 27: L. Jänen

Layout: T. Jenni, J. Kolda



Pädagogische Einsteins

LehrerInnen: Sie sind diejenigen, die uns das Leben zumindest neun Jahre lang entweder zur Hölle machen oder unsere Interessen fördern. Um ersteres zu verhindern, braucht es eine qualitativ hochwertige PädagogInnenbildung. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Es war 5.30 Uhr an einem Dienstag Morgen, als sich Laura M.* auf den Weg zu einer ihrer ersten Schulstunden seit drei Jahren machte. Der Unterschied zu früher war, dass sie dieses Mal auf keinen Fall zu spät kommen wollte. Die 21jährige Linzerin studiert Russisch und Geschichte auf Lehramt im vierten Semester an der Universität Wien. Als Lehramtsstudentin studiert sie noch im Diplom und muss zwei Unterrichtsfächer kombinieren, für jedes Fach müssen Schulpraktika im Ausmaß von elf ECTS abgelegt werden. Dafür sollen laut Studienplan BetreuungslehrerInnen zur Seite stehen, die bei der Vor- und Nachbereitung helfen sowie für Feedback und Supervision verantwortlich sind. „Ich hab’ das erste Praktikum lange vor mir hergeschoben, weil ich mich nicht drübergetraut hab“, erzählt sie. „Im Endeffekt war aber sowieso alles anders als gedacht.“

Laura wurde gemeinsam mit fünf KollegInnen, die ebenfalls slawische Sprachen studieren, zwei BetreuungslehrerInnen zugeteilt – eine davon unterrichtet in Amstetten Spanisch, einer in St. Pölten Russisch. Für Studierende, die seltene Fächer belegen, kein

Einzelfall: „Da kann es schon einmal passieren, dass man sich in eine Spanischstunde setzen oder in die niederösterreichische Pampa fahren muss, um dort fünfzig Minuten Unterrichtserfahrung zu sammeln“, erzählt Laura. Mit einer Studienkollegin sollte sie ihre erste Russisch-Schulstunde in einem St. Pöltner Gymnasium halten. „Da meine Kollegin allerdings Bosnisch/Kroatisch/Serbisch (BKS) studiert, hat sich die Vorbereitung als etwas schwierig erwiesen.“ Was die Betreuungslehrer dazu sagten? „Lasst euch was einfallen.“

LÜCKEN. Nicht nur die BetreuungslehrerInnen für Lehramtsstudierende an den Schulen sind oft Mangelware, Lehrkräfte schwinden generell aus Österreichs Schulen. 71.500 LehrerInnen arbeiten derzeit an allgemeinbildenden Pflichtschulen, rund 4.900 an Berufsschulen und 41.600 an Bundes- schulen, also an Gymnasien oder berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Bis 2025 werden voraussichtlich 50 Prozent aller Lehrpersonen in Pension gehen – der LehrerInnenmangel ist bereits jetzt vorprogrammiert, Lösungen dafür sind jedoch

nicht in Sicht. Bereits zum Schulstart diesen Herbst sind in vielen Bundesländern ErsatzlehrerInnen im Einsatz, viele LehrerInnen übernehmen Überstunden und JunglehrerInnen werden bereits im ersten Jahr mit einer vollen Lehrverpflichtung beauftragt. In diese Richtung soll es laut der Bundesregierung weiter gehen: Die Lehrverpflichtung im ersten Unterrichtspraktikumsjahr soll von bisher acht auf 22 Unterrichtsstunden erhöht werden. Das würde selbst eine volle Lehrverpflichtung mit einem normalen Dienstvertrag übersteigen. Regina Bösch, angehende Junglehrerin, kann den Plänen zur Erhöhung der Unterrichtszeit bereits am Anfang nicht viel abgewinnen und hat kurzerhand mit einer Kollegin die *Initiative für ein faires LehrerInnendienstrecht* ins Leben gerufen. „Das ist absurd und gefährlich. Im Unterrichtspraktikum braucht man sehr viel Zeit zur Reflexion, damit man auch wirklich hineinwachsen kann. Das wäre komplett weg“, sagt sie. Das jetzige Unterrichtspraktikumsmodell ist als einjährige Berufseinstiegsphase konzipiert und wird vom Großteil der Studierenden gut angenommen. „Das neue Modell würde bedeuten, dass man sich von Stunde zu



Stunde hangelt, und Dienst nach Vorschrift macht – im besten Fall. So brennt man die Leute noch früher aus“, sagt Bösch.

Laura hat ihr erstes Schulpraktikum mit einem Sehr-Gut abgeschlossen, obwohl die vorbereitete Russischstunde mit ihrer BKS-Kollegin nie zustande kam: „Unser Betreuungslehrer hat uns einfach vergessen, und die betreffende Klasse war an dem Tag auf Exkursion.“ Eine volle Lehrverpflichtung bereits direkt nach Abschluss des Studiums oder vielleicht sogar schon davor kann sie sich nicht vorstellen: „Als Lehrerin fühl ich mich wirklich noch kein bisschen.“

KONFLIKT. Während die Lehramtsstudierenden auf der Universität in der Regel nur mittels zweier Schulpraktika während des Studiums in Berührung mit SchülerInnen kommen, stehen Studierende an Pädagogischen Hochschulen von Anfang an im Klassenzimmer. In Österreich findet die Ausbildung der PflichtschullehrerInnen und BerufsschullehrerInnen an den Pädagogischen Hochschulen statt, angehende LehrerInnen in höheren Schulen müssen die Uni mit einem Diplomstudium abschließen. Die Trennung der Ausbildungen in verschiedene Sektoren ist umstritten. 2008 hat Bildungsministerin Claudia Schmied gemeinsam mit dem damaligen Wissenschaftsminister Johannes Hahn erstmals die ExpertInnengruppe *LehrerInnenbildung NEU* eingesetzt, und damit beauftragt, Vorschläge für eine Reform der LehrerInnenbildung zu erarbeiten. Seitdem gibt es viele Vorschläge, aber die verschwinden größtenteils unter dem Tisch. Leidtragende des politischen Stillstands sind nicht nur die Studierenden, sondern auch die SchülerInnen.

Stefan B. studiert im siebten Semester Informatik auf Lehramt an der Linzer Johannes Kepler Universität und kann der Trennung der Lehramtsstudien nichts abgewinnen: „Gerade im Unterstufenbereich, bei den Kindern zwischen zehn und 14 Jahren, unterrichten die LehrerInnen später genau dasselbe.“ Anders als Laura hat er mit seinem Schulpraktikum im Linzer Georg-von-Peuerbach-Gymnasium gute Erfahrungen machen können, auch das Verhältnis zu den BetreuungslehrerInnen war gut. „Aber am Ende des

„Von der PädagogInnenbildung wünsche ich mir eine gemeinsame Grundausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer, inklusive der Kindergartenpädagogik. Im Lehramt sollten außerdem in erster Linie Lehrer und Lehrerinnen ausgebildet und nicht Fächer unterrichtet werden.



Derzeit ist es ja genau umgekehrt, man studiert Fächer und wird dann Lehrerin oder Lehrer. Da muss ein großes Umdenken

stattfinden. Ganz allgemein würde ich mir in der Bildungspolitik von Ministerin Schmied wünschen, dass sie weniger Kompromisse – wie zum Beispiel bei der Neuen Mittelschule – eingeht, und mehr wie am Anfang versucht, ihr Vorstellungen prinzipientreu und resolut umzusetzen.“

Niki Glattauer
Autor von "Der engagierte Lehrer und seine Feinde"; Lehrer an einer Kooperativen Mittelschule in Wien.

„LehrerInnen sollten durch ihre Ausbildung dazu befähigt werden, sich mit den einzelnen Individuen einer Klasse auseinandersetzen zu können, sodass niemand auf der Strecke bleibt. Stärken einzelner SchülerInnen



müssen gefördert, eventuelle Schwächen durch individuelle Betreuung ausgeglichen werden. Um den Unterricht interessanter und

vielfältiger zu gestalten, muss die abwechselnde Benutzung verschiedenster didaktischer Methoden anstatt ständigem Frontalunterricht Realität werden. Lernen soll Spaß machen und Lehrpersonen sollten im Stande sein, genau das zu vermitteln.“

Larissa Nenning
AHS-Landesschulsprecherin in Vorarlberg; Schülerin am BORG Egg.

„Langfristig sollte die Ausbildung an den Universitäten verankert sein, kurzfristig sehe ich die Lösung bei sogenannten Schools of Education, in die man die Unis und die PHs einbindet, da die pädagogisch-didaktische Ausbildung an den Unis immer noch im Argen liegt.



Vermittelt werden sollte im Studium gutes fachliches Wissen über Erziehungswissenschaften, Kompetenzen im Umgang mit sozialen Problemen

und Didaktik. Außerdem muss es auf jeden Fall mehr Praxis während des Studiums geben. Unsere Schulen haben sich mit veränderten Anforderungen nicht entsprechend mitverändert. Wir haben immer noch eine Lehrperson, eine Klasse und vorne die Tafel und das passt alles nicht mehr. Da muss sich auch in der Ausbildung einiges verändern.“

*Heidi Schrod
Vorsitzende der Initiative „Bildung Grenzenlos“; ehemalige AHS-Direktorin aus Wien.*



Praktikums waren sich mein Betreuungslehrer und ich einig: Wir hätten viel mehr Zeit miteinander verbringen müssen.“

PYRAMIDE. Umso jünger die Kinder, desto kürzer ist die Ausbildung und schlechter die Bezahlung. So lässt sich die umgedrehte „PädagogInnen-Pyramide“ beschreiben, die in Österreich System hat. Laut Stefan Hopmann, Professor am Institut für Bildungswissenschaften an der Uni Wien, gibt es im Pflichtschulbereich die größten Defizite, vor allem auch, weil es nicht die Möglichkeit gibt, fachliche Schwerpunkte zu setzen: „Wenn alle alles unterrichten können sollen, müssen wir lauter pädagogische Einsteins anstellen.“ Um dies zu ändern, bräuchte es allerdings grundlegende Reformen, und an die hat sich bis jetzt noch niemand herangewagt. Hopmann, der auch ehemaliges Mitglied der Vorbereitungsgruppe zur Umsetzung der Vorschläge der jüngsten von Bildungsministerin Schmied und Wissenschaftsminister Töchterle eingesetzten ExpertInnengruppe ist, kritisiert den mangelnden politischen Gestaltungswillen: „Da war die Tinte am Papier noch nicht einmal trocken, da war schon klar, dass das Erarbeitete nicht mitgetragen wird.“ Der Bildungswissenschaftler meint damit vor allem die Kernidee, dass es eine akademische Aufwertung der PflichtschulpädagogInnen brauche. „Das Problem ist, dass man Reformen haben will, die nichts an den Machtstrukturen verändern sollen, man wurschtelt vor sich hin. Ein bisschen Reform funktioniert aber

genauso wenig wie ein bisschen schwanger sein.“ Klar ist, dass sich nach einer Aufwertung der Ausbildung auch das Gehaltsschema ändern müsste.

BESCHRÄNKUNG. Die besten für den Lehrberuf zu finden – das wird sowohl von SchülerInnen-, Eltern-, als auch DirektorInnenseite immer wieder gefordert. Wie man diesem Wunsch nachkommen kann, darüber gibt es jedoch verschiedene Ansichten. Seit dem Wintersemester 2011 wurde mit der Einführung der Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) auch eine Beschränkung für Lehramtsstudien beschlossen. Besonders an der Universität Wien waren die Folgen drastisch: Wer die – von vielen Studierenden als überdurchschnittlich schwierig definierte – Pädagogik-Prüfung nicht schafft, ist jetzt für den Lehrberuf gesperrt. Auf Lebenszeit. Keine versteckten, sondern offensichtliche Zugangsbeschränkungen für Lehramtsstudien gibt es im oft zum Vergleich zitierten Finnland: Dort wird durchschnittlich nur einE BewerberIn von zehn genommen. Hopmann bestreitet, dass dieses Modell zum gewünschten Ziel führt: „Wir könnten auch in Österreich die Studienplätze halbieren, dann hätten wir auch ein Gedränge. Aber nicht die besten LehrerInnen.“ Andere Ansätze gehen in Richtung Beratung und Evaluierung vor und während des Studiums; Reflexionsgespräche mit den ProfessorInnen, regelmäßiges Feedback und mehr Praxis von Anfang an. Gerade durch die de facto nicht vorhandenen Umstiegsmöglichkeiten im LehrerInnenberuf

ergibt sich der Zwang für viele LehrerInnen, in ihrem Beruf zu bleiben. Für den angehenden Lehrer Stefan stellt das ein großes Problem dar: „Ich habe ein Lehramtsstudium begonnen, weil ich gerne mit Kindern und Jugendlichen arbeite, aber ich weiß nicht, wie das in dreißig Jahren sein wird. Nur wenn man hier Lösungen findet, kann man das Beste für die SchülerInnen rausholen.“

AUSBLICK. Sowohl die ExpertInnengruppe der Ministerien als auch die *Österreichische HochschülerInnenschaft* sprechen sich seit längerem für die Einführung einer gemeinsamen PädagogInnenbildung aus. Die Grundüberlegungen gehen in dieselbe Richtung: Ein gemeinsamer Grundstock am Anfang, eine Spezialisierung mit Umstiegsmöglichkeiten im Anschluss. Ob die LehrerInnenausbildung an den Universitäten, an den Pädagogischen Hochschulen oder an neuen *Schools of Education* stattfinden soll, ist eigentlich nur ein Nebenschauplatz der Debatte, der allerdings ins Zentrum gerückt wird. Solange die bildungspolitischen Agenden jedoch auf zwei Ministerien geteilt sind, wird sich an dem Stillstand nicht viel ändern. Denn dumm wäre jene Partei, die freiwillig Kompetenzen abgibt.

**Name von der Redaktion geändert.*

Iris Schwarzenbacher und Vanessa Gaigg studieren Politikwissenschaft und Philosophie an der Uni Wien.

BILDUNG



Alleine und überfordert

Die Belastung von Studierenden wächst: Konkurrenzdruck, Versagensängste und Konzentrationsschwierigkeiten gehören zum Alltag im Unisystem. 2009 gaben 16 Prozent an, psychische Probleme und Ängste zu haben.

Drei Stunden pro Woche spricht Madeleine* mit einer Therapeutin über ihr Leben. In der Endphase ihres Studiums hat sie sich zum zweiten Mal dazu entschieden, in Therapie zu gehen. „Das Diplomarbeitsschreiben war keine leichte Zeit – ich hatte großen Stress, fertig zu werden und habe mich oft alleine und überfordert gefühlt. Ich hatte den Eindruck, alle anderen wissen genau, was sie machen und ich komm einfach nicht weiter“, erzählt sie. Erstmals zu einer Therapie entschieden hatte sie sich schon während ihres Umzugs nach Wien zu Beginn ihres Studiums. Primäre Anlaufstelle war damals die *Psychologische Studierendenberatung*, die Studierenden in schwierigen Situationen Hilfe anbietet.

THERAPIE – EIN ZEITFAKTOR. Das Beratungsrepertoire der *Psychologischen Studierendenberatung* in Wien ist breit gefächert; es umfasst Einzelberatungen, Workshops, oder auch Lerngruppen. Denn die Probleme der Studierenden sind vielfältig: Fragen zu Studienwechsel, Lernstrategien, oder auch Prüfungsängste sind häufige Themen in der Beratung. Rund 40 Prozent und damit der Großteil der 15.000 Studierenden, die jährlich eine Beratung in Anspruch nehmen, kommen jedoch wegen psychischer Probleme und Krankheiten. Dazu gehören unter anderem generalisierte Ängste, Depressionen oder auch Zwänge. Die im Studium auftretenden Krisen haben oft mit der individuellen Vorgeschichte der Betroffenen zu tun. „Menschen, die sehr ängstlich sind, haben auch eher mit Prüfungen zu kämpfen“, erklärt Kathrin Wodraschke, stellvertretende Leiterin der *Psychologischen Studierendenberatung Wien*. Stellt sich bei einem Erstgespräch heraus, dass eine Therapie hilfreich wäre, versuchen die Berater_innen an eine Therapeut_in zu vermitteln. Die Hemmschwelle, nicht nur eine unverbindliche Beratung in Anspruch zu nehmen, sondern eine Therapie zu beginnen, ist meist jedoch deutlich höher. Schon aus Zeitgründen stellen regelmäßige Therapiesitzungen für viele eine Schwierigkeit dar. „Die Therapie beeinflusst eben auch das Studium: Ich hatte zwei oder

drei Mal in der Woche einen fixen Termin, da können keine Lehrveranstaltungen besucht werden – dann ist Therapie und die kann nicht verschoben werden“, erinnert sich Madeleine.

Auch die verschärften Studienbedingungen, etwa durch die Implementierung der Studieneingangs- und Orientierungsphase, an der viele scheitern, spielen oft eine Rolle bei den Beratungen: „Das System wird als belastend erlebt, das ist auch bei uns immer wieder ein Thema“, meint Wodraschke. Für Madeleine war die Therapie eine Stütze, die ihr auch durch das System Uni geholfen hat: „Dort wird dann besprochen, was das Studium für eine_n bedeutet, wie man sich die Zeit einteilt, einfach wie man mit dem ganzen Stress umgeht und woher der Stress überhaupt kommt. Die gesamten Unsicherheiten vor der Diplomarbeit konnte ich dort bereden.“ Gerade in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studien werden die fehlenden Berufsbilder immer wieder zum Problem für Studierende, aber auch die verstärkt geforderte Selbstorganisation. Deshalb will die Studierendenberatung vor allem auch den Austausch zwischen Studierenden fördern – in Form von Lern- und Peergruppen, in denen sich Studierende gegenseitig unterstützen können. „Wenn man sich heute nicht an der Uni vernetzt, ist es schwierig“, so Wodraschke.

THERAPIE – EIN TABU? Mit ihrer Therapie ist Madeleine immer sehr offen umgegangen. Diskussionen mit Bekannten waren für sie spannend und nie ein Tabu: „Ich glaube es kommt da ganz auf den Kontext an, aber gerade im Studierendenmilieu muss man das schon einmal gemacht haben. Einmal eine psychische Krise gehört fast zum guten Ton“, scherzt sie. „Den Studienkolleg_innen bindet man das aber dann natürlich nicht auf die Nase.“ Der Umgang mit dem Thema Therapie sei allerdings nicht für alle so einfach und für viele noch immer negativ behaftet, sagt Wodraschke: „Man redet zwar mittlerweile über Therapie, aber wirklich zu jemandem zu gehen und sich Hilfe zu

suchen, ist noch immer ein großer Schritt.“

FINANZIELLE HÜRDEN. Die Therapie ist aber oft nicht nur ein Tabu, sondern für viele Studierende aufgrund der hohen Kosten nur schwer realisierbar. In der Regel kostet eine Psychotherapie zwischen 80 und 120 Euro pro fünfzig Minuten – für Studierende eine enorme Summe. Manche Therapeut_innen bieten niedrigere Preise für Studierende, fixe Ermäßigungen gibt es aber nicht. Es existieren zwar Kassenplätze, bei denen die Finanzierung der Therapie ganz übernommen wird. Diese sind aufgrund mangelnder Kapazitäten aber sehr schwer zu bekommen. „Ich hatte das Problem, dass ich eine Liste mit Kassenärzt_innen durchgerufen habe, die hatten aber alle keine Plätze mehr“, erzählt Madeleine. Die Kosten von 50 Euro pro Sitzung musste in ihrem Fall anfangs die Familie übernehmen. Heute hat sie einen ausfinanzierten Kassenplatz für zwei Stunden pro Woche, den Rest bezahlt sie aus ihrer eigenen Tasche: „Der finanzielle Faktor macht es meiner Meinung nach eindeutig schwerer, sich auf eine Therapie einzulassen – schließlich passt es dann auch einfach nicht mit jeder Therapeut_in.“ Hinzu kommen die aktuellen Kürzungen der Wiener Gebietskrankenkasse, die bis Februar 2013 Neuanträge gestoppt hat. Psychoanalysen sollen zudem zukünftig gar nicht mehr finanziert werden. Der Anspruch auf einen Zuschuss von der Krankenkasse und dessen Höhe hängen also stark davon ab, wo und über wen man versichert ist. Zustände, die die Situation für Hilfesuchende noch zusätzlich erschweren.

**Name von der Redaktion geändert*

Die Autorinnen Simone Grössing und Oona Kroisleitner studieren Politikwissenschaft und Rechtswissenschaften an der Uni Wien.

Ich mach meinen Master bei Humboldt

Beliebt bei *Unibrennt* und Rektorat, *Grünen* und *ÖVP*, in der Werbung und bei Protesten – Wilhelm von Humboldt bringt Gegensatzpaare auf einen Nenner. Unsere Autoren allerdings sind sich nur in ihrer Skepsis an diesem Hype einig. Ihre Meinungen gehen auseinander.

PRO: WAS NOCH NICHT IST

Humboldt ist also wieder en vogue. Besonders in den Stoßzeiten sogenannter Bildungsproteste begegnet man der Beschwörung Humboldts als akademischer Säulenheiliger auf Flugblättern wie in Seminaren, auf Plakaten wie im Feuilleton. Für eine Auseinandersetzung mit seiner Theorie ist in der Hitze des Gefechts freilich selten Zeit. Und wenn sie doch passiert, steht neben vollmundigen Ratschlägen und bildungspolitischen Weisheiten meist entweder die Meinung „Humboldt ist schlicht veraltet“ oder die Forderung „Zurück zu Humboldt!“. Als letzte Weisheit untermauert die eine wie die andere das eigene Argument und damit scheint dann auch schon alles gesagt.

Dass der Bezug auf Humboldt immer recht instrumentell daherkommt, überrascht nicht. Humboldt ernst zu nehmen, würde bedeuten, sich mit jenem idealistischen Gelehrtendeutsch zu befassen, dem man als kritische StudentIn am liebsten die Diskursberechtigung entzöge. Anstatt einer solchen Auseinandersetzung werden zentrale Konzepte in Humboldts Werk wie Freiheit, Kraft und Ich, allerdings meist situationselastisch an die Bedürfnisse des zeitgenössischen Publikums angepasst und letztlich auf den Slogan von der Unabhängigkeit der Universität reduziert. Humanistische Bildung heißt für Humboldt jedoch mehr als das obligatorische „Bildung für alle“: Ihr Zweck ist der Zustand der „ungebundensten Freiheit“, der denkbar größten Autonomie und Individualität des Menschen. Die Verhältnisse, die von den Einzelnen Selbstzurichtung und Einpassung ins gesellschaftliche Ganze einfordern, tangieren Humboldts idealistische Freiheit nicht: Seine Ideen zielen auf die Erziehung der Menschen zu freien BürgerInnen ab. Durch Bildung, so der Impetus von Humboldts Humanismus, sollen die Menschen in ein freies Verhältnis zur Welt treten, zu einer kapitalistischen Welt wohlgeartet, deren Zusammenhalt durch verborgenen Zwang und Wertverwertung garantiert wird.

Was aber, wenn die Verwirklichung dieses Humboldtschen Ziels zwangsläufig scheitert, wenn die Welt, zu der sich das Individuum in Freiheit stellen soll, ihm dies verweigert? Die zuweilen schmerzhaft Erfahrung, dass der Begriff und die Sache, die Möglichkeiten und die Realität, unsere Bedürfnisse und ihre Erfüllung unversöhnlich auseinanderklaffen, birgt das Potenzial, den Mangel infrage zu stellen. Nicht das Bedürfnis nach Freiheit trägt die Schuld am Widerspruch, sondern deren gesellschaftlich verursachte Abwesenheit. Humboldts großes Projekt zielt auf die Freiheit der Menschen, total und kompromisslos. An diesem Anspruch an Bildung gilt es trotzig festzuhalten, solange seine Einlösung nur im deutschen Ideenhimmel, nicht aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit gelungen ist.

Der Autor Simon Gansinger studiert Philosophie an der Uni Wien.

CONTRA: HOHLE PAROLE

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ steht über der Haupttreppe zu lesen, die in die oberen Stöcke des Neuen Institutsgebäudes der Universität Wien führt. Dieser Satz geht auf Gedankengut zurück, das schon Wilhelm von Humboldt vor über 200 Jahren umzusetzen versuchte. Die damals durchgeführte Staatsreform reagierte auf den Gebietsverlust, den der preußische Staat durch die Niederlage gegen Napoleon erleiden musste. Die Forderung nach Einheit von Forschung und Lehre zielte auf eine Beteiligung der ausschließlich männlichen Studenten an der Forschung.* Es ging dabei um die Bildung des gesamten Menschen im Sinne eines humanistischen Ideals. Heute hingegen ist diese Vorstellung zu einer Art Lehrverpflichtung für ForscherInnen geraten, das Recht auf Ausschaltung der Arbeit der von ihnen abhängigen Studierenden mitinbegriffen.

Aber der Fehler liegt nicht in erster Linie darin, dass die einst so hehren Ideale Humboldts heute heruntergekommen wären oder im Grunde mit jenen der heutigen Zeit, die unter Berufung auf ihn kursieren, gar nicht vergleichbar sind. Eine Reihe von Problemen sind bereits dem Humanismus selbst und dem entsprechenden Bildungsideal inhärent. Der Humanismus geht davon aus, dass der Mensch sich entfalten und zu seinem wahren Wesen gedeihen soll und dazu einer gewissen Förderung bedarf. Der Mensch wird also erst zweitrangig als soziales Wesen verstanden, das sich in seiner je spezifischen Gesellschaft zu dem entwickelt, was es ist. Im humanistischen Ideal schwingt zunächst ein relativ starres Bild davon mit, wie ein Mensch zu sein hat. Die Erziehung macht sich nun daran, dieses Bild aus den Individuen heraus zu meißeln. Das Ergebnis, schon zu Humboldts Zeiten, war ein von pädagogischer Strenge geprägter Elitarismus, der gedanklich einen großen Teil der Menschen überhaupt vom Menschsein ausschloss: eben jene, die diesem Bild nicht entsprechen wollten oder nicht entsprechen konnten. Der Zugang zu Gymnasien war damals schließlich begrenzt – und ist es aufgrund sozialer Selektion noch immer.

Jetzt ließe sich freilich einwenden, das wäre gar keine Kritik am Humboldtschen Bildungsideal, sondern an den gesellschaftlichen Bedingungen, die seine Realisierung verunmöglichen. Und der Einwand gilt sogar. Nur zeigt sich an ihm, dass der Humanismus, nimmt man ihn ernst, sofort auf die Gesellschaft als Ganzes verweist. Und deshalb erscheint das humanistische Ideal auch schief, falsch und rückwärts orientiert, wird der Hinweis auf das Privileg vergessen. Ein solcher Humanismus ist ein mit großen Parolen geführter Abwehrkampf. Er versucht, die Oberfläche zu bewahren, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass der Untergrund längst weggeschwemmt wurde – und deshalb tönt er so hohl.

* Frauen durften in Preußen erst ab 1896 maturieren und ihnen war somit der Zugang zur Universität bis dahin verwehrt.

Der Autor Simon Sailer studiert Philosophie an der Uni Wien.



Lebensmittel von Clever und Co. kaufe ich bei finanzieller Not. Von der Qualität her würde ich die nie berücksichtigen.

Marian Bergkirchner, 22, studiert Soziologie, Uni Wien.



150 bis 250 Euro gebe ich im Monat für Lebensmittel und Lieferdienste aus. Das Ganze hängt davon ab, ob ich auch mal zum Spar gehe, oder eben beim Hofer bleibe.

Caroline Duda, 23, studiert Theaterwissenschaften, Uni Wien.



Umfrage: Rudolf Bede
Fotos: Alexander Götter

Da ich recht weit von der Universität entfernt lebe, muss ich oft auswärts Essen. Das versuche ich durch das eigene Kochen auszugleichen.

Erza Aruqaj, 20, studiert Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsuniversität Wien.



50 bis 60 Euro pro Monat gebe ich für Lebensmittel aus. Ich versuche, meine Eltern und Großeltern so wenig wie möglich zur Kasse zu bitten.

Daniel Sackl, 23, studiert Informationstechnologie und Kommunikation, FH Campus Wien.



Preiswerte Gerichte und Getränke auszusuchen, ist für mich normal. Die Kette Natsu bietet zum Beispiel das günstigste und beste Sushi Wiens.

Lisa Deutsch, 20, studiert Soziologie und Politikwissenschaft, Uni Wien.

Service, das hilft!

Die Situation ist nicht leicht

Das Ende der Ferien naht, die Temperaturen kühlen ab, die Tage werden kürzer und der Prüfungsstress versucht sich auch wieder in das Studileben zu drängen. Dazu kommen leider einige unerfreuliche hochschulpolitische Entwicklungen: Die verkürzte Inskriptionszeit traf viele (angehende) Studierende unvorbereitet. Die Inskriptionszahlen gingen merklich zurück. Damit so etwas nicht passiert und das Verpassen von Terminen nicht zum bösen Erwachen führt, gibt es das SMS-Erinnerungsservice der ÖH: Einfach über oeh.ac.at angemeldet, erhältst du rechtzeitig vor Ablauf bedeutender

Fristen, wie Stipendien- oder Beitragsfrist, ein Erinnerungs-SMS.

Das Sozialreferat ist aber nicht nur per SMS für dich da, sondern auch persönlich, via Telefon oder e-Mail für dich da. Gerne beantworten wir dir deine individuellen Fragen zu Förderungen, Stipendien, Beihilfen, Unterhalt bis hin zu wohnrechtliche Fragen. Kontaktiere uns unter +43 (0) 1/3108880 – 43 oder sozial@oeh.ac.at. Unsere aktuellen Beratungszeiten findest du unter www.oeh.ac.at. (BP)

Gütesiegel Praktikum geht in die zweite Runde

Nach einem erfolgreichen Start und der ersten Evaluierung gibt es Neuerungen für das Gütesiegel Praktikum.

Knapp 60 Prozent aller Praktika werden freiwillig absolviert und rund ein Drittel der Studierenden gab in der Sozialerhebung 2009 an, bereits ein freiwilliges Praktikum absolviert zu haben. Diese Zahlen machen deutlich, dass gerade im arbeitsrechtlichen Graubereich der freiwilligen Praktika eine Qualitätssicherung durch die Einhaltung gewisser Kriterien

und eine regelmäßige Evaluierung notwendig sind. Um den Zeiten von Praktika gerecht zu werden und eine laufende Qualitätssicherung zu gewährleisten, wird die Evaluierung ab jetzt nicht mehr jährlich, sondern vierteljährlich durchgeführt.

Außerdem werden neben der Auswertung nach Unternehmen ab jetzt auch Gesichtspunkte wie Hochschultyp, Geschlecht, Studienrichtung, Alter, Migrationshintergrund und eventuelle Beeinträchtigungen der PraktikantInnen berücksichtigt. (VK)

POLITIK





„Manipulative Tendenzen aufdecken“

Wieso man sich nicht immer nur in der Freizeit politisch betätigen sollte und weshalb auch gescheiterte Volksbegehren erfolgreich sein können. progress im Gespräch über direkte Demokratie mit der Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer.

progress: Woher kommt die plötzliche Popularität der direkten Demokratie in Österreich?

Birgit Sauer: Ursache dafür ist die Unzufriedenheit mit den demokratischen Verhältnissen. In der Politikwissenschaft heißt das Postdemokratie: Unzufriedenheit bezüglich der Partizipation, aber auch hinsichtlich der Leistungen demokratischer Systeme. Und: Demokratien sind auf unterschiedlichen Ebenen damit konfrontiert, dass – wenn niemand mehr wählt – den politischen RepräsentantInnen eigentlich die Legitimation fehlt. Die Idee von direkter Demokratie ist im Kern: Wenn sich BürgerInnen mehr beteiligen, sind die politischen Entscheidungen vielleicht besser.

Trotzdem hat man den Eindruck, das Thema direkte Demokratie bleibt meist doch nur Nebendarstellerin.

Das stimmt. Direkte Demokratie ist eher Schlagwort als Diskussionsgegenstand. Hier müssten populistische und manipulative Tendenzen aufgedeckt werden. Außerdem wird die Vorstellung, die soziale Bewegungen von direkter Demokratie haben, dass man so Demokratie offener machen und beleben kann, in der aktuellen österreichischen Debatte nicht diskutiert.

Dabei sind es ja gerade die sozialen Bewegungen, die sich für ein bestimmtes Thema einsetzen.

Ja. Darum geht es eben auch bei direkter Demokratie von unten. So, wie sie jetzt institutionalisiert ist, ist sie meist direkte Demokratie von oben. Dies ist jedoch eigentlich ein Element in der Logik des parlamentarischen Systems.

Wenn hingegen eine Initiative von unten mit einem bestimmten Thema entsteht, geht es oft darum, eine bessere Entscheidung zu treffen, die schlicht von mehr Menschen getragen wird. Wenn eine politische Partei ein Referendum oder eine Volksabstimmung initiiert, dann hat das aber den Charakter einer Meinungsumfrage. Oder Referenden werden als Legitimationsinstrument eingesetzt, weil die Entscheidung des parlamentarisch repräsentativen Systems unpopulär ist oder keine Mehrheit findet. Betrachtet man die Geschichte der Volksbefragungen in Österreich, wird offensichtlich, dass sie lange Zeit ausschließlich durch Parteien oder durch ParlamentsvertreterInnen initiiert wurden. Das war also kein Instrument der direkten Demokratie in dem Sinne, dass die BürgerInnen direkter beteiligt

gewesen wären, sondern es war ein weiteres Instrument der Parteien.

Kann direkte Demokratie mithelfen, dem Gefühl, es werde „über den Kopf der BürgerInnen entschieden“, entgegenzuwirken?

Politik basiert auf Information. Insofern bin ich auch auf EU-Ebene eher skeptisch bezüglich Referenden. Soll man jetzt entscheiden, ob Griechenland aus der Eurozone austritt? Das halte ich für absurd, weil die Stimmung z.B. in Deutschland aufgeheizt ist. Und das liegt an manipulativer Informationsvermittlung.

Was bräuchte es stattdessen?

Viel weitergehende Reformen als ein Referendum oder ein BürgerInnenbegehren. Meines Erachtens müssten Verfahren direkter Demokratie in ganz andere Formen der Informationsvermittlung und des politischen Handelns eingebettet werden. In der Schweiz sind die Leute trotz der Tradition der direkten Demokratie verdrossen. Die Abstimmungsbeteiligung bei Referenden ist sehr niedrig. Den Leuten ist es zu viel. Demokratie müsste dort stattfinden, wo die Menschen sind. Warum sollte man sich nur in der Freizeit politisch betätigen und nicht am Arbeitsplatz oder in der Schule?

Es wird oft vor der Manipulierbarkeit von Volksabstimmungen gewarnt, also dass sich diejenigen, die am meisten Geld haben, durchsetzen. Das gilt jedoch in einem gewissen Maße auch für Parlamentswahlen. Ist die Gefahr der Manipulationen wirklich höher bei Volksabstimmungen?

Es braucht Öffentlichkeit und Einfluss, wenn man ein Referendum initiiert. Da haben soziale Bewegungen weniger Ressourcen als andere Gruppierungen. Die Gefahr, dass ein Thema in manipulativer Weise gerahmt wird, existiert beim Wahlkampf allerdings genauso. Jedoch: Wenn man eineN Repräsentanten/in wählt, ist dies keine ganz spezifische Entscheidung für oder gegen ein Thema. Es gibt eine Verzögerung, einen politischen Prozess, eine politische Diskussion. Deshalb sind Informationen beim Referendum viel wichtiger und der manipulative Gehalt ist deshalb größer. Oft wird gesagt: Wenn möglichst viele ihre Gedanken, ihre Ideen, ihre Interessen in eine politische Debatte einbringen können, gäbe es rationalere Entscheidungen. Die öffentliche Sphäre ist jedoch nicht herrschaftsfrei. Macht orientiert sich ganz stark an den Ressourcen, die die einzelnen Akteure zur Verfügung haben. Gegenbeispiele wie die ACTA-Proteste gibt es aber auch.

Kann direkte Demokratie über den akuten Tellerrand hinaussehen, und auch mit langfristigen Problemlösungen konfrontiert werden?

Zum einen können die BürgerInnen nicht ständig und über alles abstimmen.

Zum anderen ist es aber sinnvoll, über besonders kontroverse Themen abzustimmen, dies erfordert aber, dass die Bevölkerung informiert ist. Ich würde das Konzept „direkte Demokratie“ nicht mehr so eng sehen wollen, dass es nur Abstimmungen umfasst. Stattdessen glaube ich, macht es nur Sinn, wenn man es in einen größeren Reformprozess von Demokratie einbindet, wie ich es vorher erwähnt habe. Man müsste aber auch mitdenken, dass sich im direktdemokratischen Verfahren eben nur diejenigen beteiligen können, die wahlberechtigt sind. Entsprechend ist zu überdenken, wie man mit MigrantInnen umgeht; sowohl jenen aus der EU wie auch jenen aus sogenannten Drittstaaten. Letztere sind demokratiepolitisch völlig abgehängt. Daher wäre es sinnvoll, demokratische Verfahren zu entwickeln, in denen auch ihre Stimmen Gehör finden, damit ihre Interessen in die politische Debatte einfließen können.

Würde sich das auch positiv auf das politische Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern auswirken?

Der Wunsch der neuen Frauenbewegungen war es seit den 1970er Jahren, die Demokratie zu reformieren; also die politischen Systeme frauenfreundlicher zu machen. Die erste forderte mehr Frauen in politischen Entscheidungsgremien. Die zweite wollte mit dem politischen System im engeren Sinne gar nichts zu tun haben, sondern autonom bleiben, Frauenprojekte umsetzen und dadurch die politische Kultur verändern. Politische RepräsentantInnen sollten von außen beeinflusst werden. Deshalb bestand bei einigen Frauengruppierungen in den 70ern, 80ern und eigentlich bis in die 90er-Jahre hinein die Überlegung, dass man mit mehr direkter Demokratie zumindest die Interessen von Frauen im politischen System besser vertreten könnte.

Zeigte sich das auch beim Frauenvolksbegehren? Es wurde von einer unabhängigen Initiative 1997 gestartet und beinhaltete beispielsweise die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und einem Mindesteinkommen von 15.000 Schilling.

Das Frauenvolksbegehren war ein interessanter Fall. Es hat die Verfassung zwar nicht unmittelbar geändert, aber die Diskussion war wertvoll und führte im Endeffekt doch zu den verfassungsrechtlichen Zielen. Und auch hinsichtlich der Anwendung des Instruments

des Volksbegehrens auf EU-Ebene gab es einen Gleichstellungsfortschritt.

Trotzdem frage ich mich, warum alleine Abstimmungen bessere Gleichstellungspolitik bedeuten sollten? Insbesondere, da es kein unbedingtes Interesse der ÖsterreicherInnen an Gleichstellungspolitik gibt. Entsprechend glaube ich, dass dies so einfach nicht ginge. Bei Themen wie Familienpolitik, Karenz und Arbeitszeit – die im Kern Gleichstellungsfragen sind – wäre es wichtig, Öffentlichkeit herzustellen. Das Private politisch machen. Dies ist gerade in einer Konsensdemokratie, wie es in Österreich der Fall ist, wo sehr viel hinter verschlossenen Türen ausverhandelt wird, ein wichtiges Argument.

Und wo liegt bei der direkten Demokratie die Verantwortung, wenn etwasschief geht? Könnten PolitikerInnen dann sagen: Ihr habt es ja so gewollt?

Das ist wirklich ein Problem. Aber auch bei repräsentativen Verfahren können BürgerInnen die PolitikerInnen nur dadurch verantwortlich machen, indem sie sie bei den nächsten Wahlen abwählen. Das ist ohne Zweifel wichtig, aber vergleichsweise wenig. Wie man an Korruptionsfällen sieht, stellt das in repräsentativen Systemen ebenfalls ein Problem dar. Entsprechend halte ich die Ablehnung von direkter Demokratie aufgrund des Argumentes der mangelnden Verantwortung für überzogen.

Könnte man in einem direktdemokratischen System also noch im gleichen Sinne von politischer Verantwortung sprechen?

Es bräuchte eine politische Debatte, was es heißt, Verantwortung für eine Entscheidung zu übernehmen. Also mit den Fragen: Was heißt es, Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen? Bin ich meiner Partei oder bin ich einer größeren Gruppe, die ich sozusagen als Auftraggeber für ein Gemeinwohl sehe, gegenüber verantwortlich? Und was würde es eigentlich heißen, von Gemeinwohl im Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung zu sprechen? Da scheint sofort eine ganz andere Form von Verantwortlichkeit auf.

Das Interview führten Philipp Poyntner und Anna Burmeister.

Birgit Sauer ist Professorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschung widmet sich insbesondere Fragen der Geschlechterverhältnisse sowie auch politikwissenschaftlichen Staats- und Institutionentheorien.

Treue um Treue

Feldbach in der Steiermark galt den Nazis 1945 als Bollwerk gegen die Alliierten. Daran erinnern sich bis heute die lokale Bevölkerung, SS-Veteranen und auch der Bürgermeister gerne.

Seit knapp 60 Jahren treffen sich jährlich Mitte Mai Veteranen von Gebirgsjäger- und Fallschirmjäger-Einheiten des Dritten Reiches in Gniebing, einem Ortsteil von Feldbach, in der Südoststeiermark. Dabei wird zweier Schlachten der Wehrmacht gedacht: der Eroberung Kretas durch deutsche Fallschirmjäger und Gebirgsjäger im Jahr 1941 sowie der Eroberung der bereits von der Roten Armee befreiten Stadt Feldbach durch Fallschirmjäger und Waffen-SS im Jahr 1945. Veteranenorganisationen der Wehrmacht und SS, deutschnationale Burschenschaften, PolitikerInnen, Geistliche, Bundesheer und Polizei sind hier Jahr für Jahr anzutreffen. Sie betauern die Toten auf Seiten der Nazis, den Heldenkampf und versichern sich gegenseitig „ewiger“ und „wahrer“ Werte.

BEFREIUNG UND RÜCKEROBERUNG. Im März und April 1945 stand die Rote Armee kurz davor, Österreich von Osten und Südosten her zu befreien. Am 29. März wurde die „Reichsgrenze“ überschritten, schon am 3. April 1945 begann die Befreiung Wiens. Zu diesem Zeitpunkt strömten über Kärnten/Koroška und die Steiermark zahlreiche Verbände der Wehrmacht und SS nach Österreich zurück; die meisten hatten den Glauben an den Endsieg schon lange aufgegeben und versuchten, von den Westalliierten statt von der Roten Armee gefangen genommen zu werden, um einer Strafverfolgung durch den „bolschewistischen Untermensch“ zu entgehen.

Nicht so jedoch die in der Steiermark liegenden Verbände, die auch 1945 noch vom Endsieg überzeugt waren. Feldbach wurde am 1. April von der Roten Armee befreit, aber nur schwach gesichert: Die Rote Armee konzentrierte sich auf die Befreiung Wiens. Es gelang der Wehrmacht, Feldbach zurückzuerobern: Vom 5. auf den 6. April 1945 wurde die heutige Bezirkshauptstadt von Westen her von einer Fallschirmjäger-Einheit, die gerade zufällig aus Italien kommend im Raum Graz eintraf und von einigen Wehrmachts- und SS-Einheiten unterstützt wurde, aus NS-deutscher Sicht „zurückbefreit“. Der Angriff kostete die schlecht ausgerüsteten und kaum aufeinander eingespielten Verbände viele Opfer. Die

deutsche Propaganda berichtete ausführlich über die Rückeroberung Feldbachs sowie weiterer steirischer Städte, wodurch das Unternehmen auch eine propagandistische Bedeutung für den im April 1945 bröckelnden „Durchhaltewillen“ in der „Alpenfestung“ erhielt. Auch als am 27. April die Unabhängigkeit Österreichs proklamiert wurde, am 28. April Benito Mussolini und am 30. April Adolf Hitler starben, dauerte die Verteidigung Feldbachs weiter an.

NIEDERBRENNEN VON ORTSCHAFTEN. Griechenland war zu Beginn der 40er-Jahre noch kein Schauplatz des Zweiten Weltkrieges, die militärische Strategie der NationalsozialistInnen konzentrierte sich auf die Vorbereitungen für den Überfall auf die Sowjetunion. Aber Anfang April 1941 eroberte die Wehrmacht Jugoslawien und Griechenland. Die Eroberung Kretas wurde von bayrischen und österreichischen Fallschirmjägern und Gebirgsjägern getragen und vom österreichischen Generaloberst Alexander Löhr geleitet. Am 20. Mai 1941 startete die Luftlandung der Fallschirmjäger, am 27. Mai zogen sich die Alliierten zurück. Die kretische Bevölkerung leistete – zur Überraschung der Wehrmacht und der abziehenden Alliierten – starken Widerstand, ohne von den Alliierten dazu aufgefordert oder dafür ausgerüstet worden zu sein. Die Besatzer setzten von Anfang an Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen ohne Einschränkungen ein. Ihr Befehlshaber Kurt Student wies die Besatzungstruppen auf Kreta am 31. Mai 1941 an: „Als Vergeltungsmaßnahmen kommen in Frage: 1.) Erschießungen 2.) Kontributionen 3.) Niederbrennen von Ortschaften 4.) Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete.“ Mit diesem Befehl, dem ähnliche folgten, war schon 1941 vorweggenommen, was später den „Partisanenkrieg“ prägen sollte: freie Hand für Übergriffe durch Soldaten, Sühnemaßnahmen und Vergeltungen gegen die Zivilbevölkerung. Der Wehrmachtseinsatz auf Kreta sticht durch seine immense und beispielgebende Grausamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung heraus.

ABLAUF DER JÄHRLICHEN FEIER. Das Veteranen-Denkmal, das sich heute am Rande von

Feldbach befindet, besteht aus einem auf einer übergroßen Steinsäule sitzenden Adler und mehreren Widmungstafeln. Auf einer dieser Tafeln steht: „Hier kämpften und fielen in den ersten Apriltagen des Schicksalsjahres 1945 deutsche Fallschirmjäger. Getreu ihrem Eid und Gehorsam der beschworenen Pflicht.“ Darunter befindet sich eine große Platte mit kretischer Erde samt eingraviertem Wehrmachts-Fallschirmschützenabzeichen.

Die Gedenkfeier in Feldbach findet seit 1954 immer rund um den 20. Mai statt – an jenem Tag, an dem der Überfall auf Kreta begonnen hatte. Die TeilnehmerInnen marschieren schweigend, begleitet von Trommelschlägen, zum Denkmal: 2012 waren es rund 200 Personen. An der Feier beteiligen sich nicht nur der oder die durchschnittliche FeldbacherIn, GemeinderätInnen verschiedener Parteien, der Bürgermeister und Militärgeistliche und Nationalratsabgeordnete, sondern auch in- und ausländische Militaristen, Weltkriegsveteranen, Ritterkreuzträger, Kameradschaftsverbände von Wehrmacht und (Waffen-)SS und deutschnationale Burschenschafter. Im Jahr 2011 nahm auch die SPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat Sonja Steßl-Mühlbacher teil. Einen militärischen Charakter bekommt die Veranstaltung durch eine bewaffnete Bundesheer-Ehrengarde sowie PolizistInnen in Uniform.

Seit 2009 wird die Veranstaltung von einem ehemaligen General des Österreichischen Bundesheeres ausgerichtet, der seit Jahrzehnten im Netzwerk rechter Veteranen-Organisationen fest verankert ist, etwa an der Veteranenfeier in Mittenwald in Bayern teilnimmt und immer wieder in rechtsextremen Medien publiziert. Die TeilnehmerInnenzahl nimmt in den letzten Jahren kontinuierlich zu.

Bei den Feiern selbst werden die Veteranen der Wehrmacht und SS namentlich begrüßt und ihre „Leistungen“ erläutert. Die Veteranen nehmen samt aller ihnen vom Dritten Reich verliehenen Auszeichnungen teil, darunter Ritterkreuz, Erdkampfabzeichen, Bandenkampfabzeichen und Kreta-Ärmelband. Bei dem auf etlichen Fahnen von Verbänden



NS-Veteranen nehmen jährlich an einem offiziellen Gedenktreffen in Feldbach teil und tragen dabei ihnen im Dritten Reich verliehenen Auszeichnungen zur Schau.

Foto: Thaler und Berwald

ehemaliger Fallschirmjäger aufgedruckten Spruch „Treue um Treue“ handelt es sich um die Parole der Fallschirmjäger der Wehrmacht. Auch das Fallschirmschützenabzeichen, dessen Kopie zahlreiche Teilnehmer der Feier auf dem Barett tragen, ist eine direkte Übernahme aus der Wehrmacht. Auf den Fahnen der Waffen-SS-Kameradschaft K IV ist der Spruch „Unsere Ehre heißt Treue“ rund um ein Balkenkreuz angeordnet. Es handelt sich dabei um den leicht abgewandelten Schwurspruch der SS „Meine Ehre heißt Treue“. Zum Programm gehört außerdem Wehrmachtliedgut wie das *Edelweiß-Lied* und das *Fallschirmjäger-Lied*.

DIE ANDERE GESCHICHTE

In Feldbach befanden sich bis 1945 eine Kaserne der Waffen-SS sowie mehrere Lager mit jüdischen ZwangsarbeiterInnen, die beim Stellungsbau eingesetzt wurden. Das Kommando für einen Bauabschnitt des „Südostwalls“ befand sich ebenfalls hier, sowie ein für das Militär und für den Transport von ZwangsarbeiterInnen wichtiger Bahnhof. Als regionaler Knotenpunkt wurde Feldbach zum Schauplatz des NS-Alltags: Zwangsarbeit, Durchhalteparolen, Erschießungen.

Mit Hilfe des „Südostwalls“ – einem tiefen Graben rund um Ostösterreich – glaubten die Nazis vor der Roten Armee sicher zu sein. ZivilistInnen, kriegsgefangene Soldaten und rund 30.000 ungarische Juden und Jüdinnen wurden zum Ausschaufeln des Grabens gezwungen. Alleine im Bauabschnitt Feldbach waren es 3.000 ZwangsarbeiterInnen. Die Bauleitung des Abschnitts befand sich in Feldbach, ebenso die jeweiligen Stellen der für den Bau zuständigen „Organisation Todt“. Daneben bestand ein Kasernen- beziehungsweise Lagerkomplex der Waffen-SS in Feldbach, in dem der größte Teil der jüdischen ZwangsarbeiterInnen untergebracht war. Die ZwangsarbeiterInnen wurden teils in der Stadt Feldbach selbst zur Arbeit gezwungen, zum größten Teil aber per Zug zu den Schanzarbeiten transportiert. Zahlreiche Ermordungen und Übergriffe sind überliefert. Zum Beispiel kam am 25. März 1945 eine größere Anzahl Gefangener direkt in Feldbach

zu Tode: Die Gefangenen befanden sich in Eisenbahnwaggons während der Bahnhof von alliierten Fliegern angegriffen wurde. Der Angriff forderte einige Tote und vor allem Verletzte. Das „Problem“ wurde so gelöst, dass die überlebenden jüdischen ZwangsarbeiterInnen die Verletzten und Toten auf einen LKW laden mussten und alle zum nahen Mühlendorfer „Judenfriedhof“ gebracht wurden. Die Unverletzten mussten ein Grab ausheben und wurden sodann zusammen mit den Verletzten erschlagen oder erschossen.

Das „Drama vom Bahnhof“ stellt sich in der Dorfgeschichte anders dar: An den Toten dieses Angriffs hätten die Alliierten Schuld, andere Opfer als jene der Amerikaner hat es nicht gegeben. In der Ortsgeschichte liest sich das so: „Das grauenhafte Blutbad bei der Beschießung des 'Judenzugs' durch den Tieffliegerangriff der Amerikaner im Bahnhof von Feldbach ist für mich persönlich ein unvergeßliches Ereignis. Es gab viele Tote, zahlreiche Verletzte, schreckliches Angstgeschrei, durchlochte und blutbespritzte Waggons.“ Dass die meisten Toten dieses Tages von örtlichen Nazis und der SS erschossen wurden, kommt in dieser Geschichte nicht vor.

MASCHINENPISTOLEN GEGEN FLECK-TYPHUS. In der unmittelbaren Umgebung von Feldbach befinden sich, neben dem Massengrab am Friedhof, zahlreiche weitere Massengräber mit jüdischen Opfern. Diese sind das Ergebnis zahlreicher Massaker und Übergriffe auf Juden und Jüdinnen, sehr häufig etwa im Rahmen „systematischer Erschießungen von Kranken“ zur „Bekämpfung“ von Flecktyphus in den Lagern. Ende März und Anfang April 1945 wurden die Gefangenen auf Todesmärsche Richtung Oberösterreich getrieben, wobei nicht mehr marschfähige ArbeiterInnen von den Wachmannschaften systematisch ermordet wurden. Eines der größten Massaker im Rahmen eines solchen Todesmarsches fand nahe Graz statt. Rund 200 Menschen wurden erschossen.

In vielen Städten der Steiermark war das Los der Jüdinnen und Juden sichtbar und allen

BewohnerInnen bekannt. Trotzdem erinnert heute nichts an ihre Qualen – ihren Bewachern und Mördern wurden hingegen Denkmale gesetzt. Insbesondere die Rückeroberung Feldbachs hatte katastrophale Konsequenzen: Durch den Stopp der Roten Armee konnten einerseits die Wehrmachtverbände fliehen und darüber hinaus vor allem die Todesmärsche gedeckt und ungehindert durchgeführt werden. Die Darstellung von „Feldbach als Bollwerk“ geht dabei direkt auf NS-Propaganda zurück, die im April 1945 sonst nirgendwo von Erfolgen berichten konnte. Zwar ist dies auf Basis der österreichischen Opferthese nicht unüblich, doch selten wird heute so unverfroren eine Umkehrung von Tätern und Opfern betrieben wie in Feldbach.

Während die Feier in den letzten 60 Jahren unhinterfragt stattfinden konnte, wurden 2012 einzelne Aspekte erstmals in der Wochenzeitung *Falter* und in der Tageszeitung *Der Standard* skandalisiert. Ähnlich wie in der Berichterstattung zum Ulrichsbergtreffen in Kärnten/Koroška drehen sich die Kritikpunkte um die Bundesheer-Teilnahme und die Gemeinde Feldbach als Veranstalterin. Aus antifaschistischer Sicht müsste die Palette an Problemfeldern etwa um die dort erfolgende Identifizierung mit Soldaten der Wehrmacht und der (Waffen-)SS genauso thematisiert werden wie die totale Ausblendung von jüdischen Opfern – sowohl im Stadtbild als auch während der Feier. Auch müsste einer „typisch österreichischen“ Lösung entgegengetreten werden, einfach TäterInnen wie auch Opfern unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ gleichermaßen zu gedenken. Proteste gibt es 2013 aber jedenfalls bestimmt.

Die AutorInnen, die unter den Pseudonymen M. N. Thaler und L. Berwald schreiben, haben Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert.

Die lange Version dieses Artikels könnt ihr hier nachlesen: akhinterland.wordpress.com

„Spanien ist weder demokratisch noch zivilisiert“

Ana María Pérez del Campo gründete 1973 in der Ära Francisco Francos den Verein Getrennter und Geschiedener Frauen. Warum sie mit 76 Jahren noch für das Recht auf Abtreibung kämpft, erzählte sie Jan Marot.

progress: Spaniens Justizminister Alberto Ruíz Gallardón will die Fristenlösung bei schwerer Missbildung des Fötus verbieten.

Ana María Pérez: Wenn man von Gallardón spricht, muss man ihn als das bezeichnen, was er ist: ein Fundamentalist. Das Thema Abtreibung wird in Spanien seit 40 Jahren debattiert. In einem offiziell nicht-konfessionellen Staat darf Gallardón nicht unter religiösen Vorsätzen Gesetze durchboxen. Das stimmt natürlich insofern nicht, dass bei uns in Spanien die Kirche so stark ist, wie der Islam in islamistischen Staaten. Die Burka der Spanierinnen ist, dass man ihnen nicht gewährt, selbst über ihre Mutterschaft zu entscheiden. Gallardón geht es darum, dass die Frauen das Rollenbild der 1960er-Jahre wieder aufgreifen: Zurück zur Familie und an den Herd. Es soll wieder Gottes Gesetz eingeführt werden. Unser einstiger Diktator Francisco Franco hat in seinem Testament niedergeschrieben, er habe „Spanien gut verschnürt hinterlassen, alles gut verschnürt“. Was heute passiert, knüpft daran an. Dabei gibt es in der EU nur zwei Staaten, die die Abtreibung nicht geregelt haben.

Malta und Irland. Zwei der katholischsten, wenn man so will. Selbst das hochkatholische Polen gewährt Abtreibungen bei Missbildung des Fötus. Die Frage Leben ja, Leben nein, sie ist im Fötenstatus eine rein biologische, über einen eben erst begonnenen biologischen Prozess.

Wie entstand Ihre NGO der Getrennten und Geschiedenen Frauen Spaniens? 1973 gab es ja das Scheidungsrecht noch nicht. Unser erster Name war

Verein der Getrennten Frauen. Wir mussten die Prüfung der Generalsicherheitsdirektion in Madrid bestehen. Wir schickten unsere Präsidentin, eine deklarierte Befürworterin des faschistischen Regimes, was die Sache erleichterte. 1975 trennten sich unsere Wege und wir begannen den Kampf für die Scheidung und die Abtreibung. Viele Frauen aus faschistischen Haushalten haben damals abgetrieben. Sie stiegen in ein Flugzeug und führten den Eingriff in London, Frankreich oder in Portugal durch. Aus Protest gegen das Abtreibungsverbot sperrten wir uns in Kirchen und Gerichte ein. Vor der UNO brachten wir Klagen zur Situation der Frauen im Franco-Spanien ein. Ich bin eine Feministin und wir müssen weiterkämpfen, denn das drohende Unrecht, das vom konservativen Fundamentalismus ausgeht, ist zu groß.

Wie haben Sie ihre eigene Trennung und spätere Scheidung von ihrem Ex-Ehemann erlebt?

Ich habe mich nach fünf Jahren der Ehe getrennt. Das war 1961. Das musste vor der Kirche und einem Tribunal geschehen. Die Urteile damals begannen mit der Phrase „Im Namen Gottes“. Mich erklärte man zu einer „unschuldigen“ Ehefrau. Das erfüllte mich mit Scham, denn was die Kirche unter „unschuldig“ versteht, kann vieles sein. Vom selben Gericht wurden Frauen mit der Begründung verurteilt, sie wären nicht ihren ehelichen Pflichten nachgekommen. Frauen wurden verurteilt, weil sie sich nicht von ihren Männern wieder und wieder vergewaltigen lassen wollten; unzählige, weil sie arbeiten wollten und ihr Mann dazu keine Erlaubnis gab. Frauen klagten, weil sie wie Sklavinnen

einzig als Hauskraft geheiratet worden waren. Frauen wie ich. Wir waren vor dem Gesetz Objekte, die man ehelichte, um das Haus des Mannes zu schmücken. Erst 1981 – als das Recht gesetzlich verankert war – konnte ich mich scheiden lassen.

Aktuell sehen wir einen deutlichen Anstieg der Todesopfer häuslicher Gewalt. Wo liegen die Gründe?

Die jetzige Regierung lässt Frauenzentren, Frauenhäuser und Informationsstellen schließen. Das ist ein Grund für den Anstieg. Aber die Zahlen steigen vor allem, wenn die Aggressoren sich im Gefühl der Straffreiheit wagen. Bislang (Anm. zum 2. August 2012) sind in diesem Jahr 33 Frauen in Spanien ermordet worden, durch die Hände ihrer Ehemänner, Partner, oder ihres Ex.

Welche Rolle spielt dabei die PP-Regierung?

Sie schaltet auf Durchzug. Seit 1968 sind mehr als 8.900 Frauen in Spanien von ihren Partnern und Ex-Partnern ermordet worden. Warum beziehe ich mich auf 1968? Seither wurden die Opfer des ETA-Terrorismus gezählt. 857 Tote und Verletzte gehen auf das Konto der baskischen TerroristInnen. Doch diese ermordeten Frauen starben die qualvollsten Tode. Sie wurden erschlagen, verbrannt, erstochen, erschossen, mit Säure überschüttet. Das passiert im heutigen Spanien – ein Land, das man weder zivilisiert noch demokratisch nennen kann. Wären die 8.900 Toten Fußballer gewesen, oder aus einer sozialen Schicht, die Einfluss hat, das Problem wäre längst gelöst. Zwei Dinge wären ein Anfang: Lange Gefängnisstrafen für die Täter und eine wirksam überwachte Bannmeile

nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Kinder.

Nicht selten werden auch Kinder ermordet.

So rächen sich Väter an ihren Frauen auf die bestialischste Art und Weise überhaupt. Wie beim jüngsten Fall (Anm.: in Las Palmas de Gran Canaria), wo ein Vater mit seinem Kind sein vollgetanktes Auto vor dem Haus seiner Ex-Frau gegen einen Pfeiler gefahren hat und beide verbrannt sind. Der Kinds- und Selbstmörder hatte kurz davor noch seine Ex-Frau über die Sprechanlage des Hauses aufgefordert, sie solle ans Fenster treten, um das zu sehen, was sie verdiene.

Justizminister Gallardón will die Entscheidung über eine geteilte Ob- sorge im Scheidungsfall dem Richter überantworten.

Es soll eine Regelung kommen, die absolut frauenfeindlich ist. Eine, die das Wohl des Kindes in die Hände eines Bürokraten legt. Ein Kind ist kein Gut, das man aufteilen kann. Kinder brauchen eine Erziehung, die nicht auf Widersprüchen der Eltern aufbaut, und keine Kindheit, wo sie wie ein Koffer weitergereicht werden. Sie brauchen Ruhe, Ernsthaftigkeit und Routine. Das ist wichtig für ihre Entwicklung und ihr ganzes Leben. Wir fordern keine Bevorzugung der Mütter. Wichtig ist, dass der Fokus darauf gerichtet ist, wo das Kind sich am besten entwickeln und leben kann.

Jan Marot studierte in Wien und Zürich Publizistik und Kommunikationswissenschaft in Kombination mit Sozialanthropologie, Biologie, Politikwissenschaft und Cultural Studies.

Mutter Gottes, Jungfrau, werde Feministin

Neonfarbene Sturmmasken wurden in den letzten Monaten zum großen Trend: Der Prozess gegen die Punkband Pussy Riot zeigt, wie in Russland mit politischem Engagement umgegangen wird und verursachte einen Aufschrei rund um den Globus.

Zwei Jahre Haft lautet das Urteil, das Richterinnen Marina Syrowa Mitte August über die Musikerinnen Nadeschda Tolokonnikowa, Maria Alechina und Jekaterina Samuzewitsch verhängt hat. Die Riot Grrlz wurden durch ihre Verhaftung nach einem „Punkgebet“ in der orthodoxen Christ-Erlöser-Kathedrale im Zentrum Moskaus weltweit berühmt. „Rowdytum“ und „religiöse Hetze“ lautete die Anklage gegen die drei Frauen – den wahren Grund sehen viele jedoch in der Anti-Putin-Politik der *Pussy Riots*: Seit Oktober 2011 war die Gruppe im Vorfeld der russischen Präsident_innenschaftswahlen aktiv und äußerte in zahlreichen Auftritten Kritik an Vladimir Putin.

MUTTER GOTTES, JUNGFRAU, VERJAGE PUTIN. „Das politische Engagement gegen Putin wächst in Russland immer stärker. Mehr und mehr junge Leute werden in der Bewegung aktiv. Sie wollen die Politik beeinflussen und faire Wahlprozesse“, erzählt Olga Vlasova von der *Russischen Demokratischen Partei*. Der Prozess gegen *Pussy Riot* ist für die 26jährige Politikwissenschaftlerin eine reine Machtdemonstration, die Anklage an den Haaren herbeigezogen: „Die Aktion von *Pussy Riot* war sehr politisch, sie hatte aber nichts mit Religion zu tun. Der Ort wurde lediglich gewählt, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erregen.“ Vlasova ist überzeugt, dass genauso wie die Hauptaussage der Aktion – Mutter Gottes, verjage Putin – auch der Prozess „ein reines Politikum“ sei.

Das Delikt „Rowdytum“ behandelt das russische Gesetz in zweierlei Hinsicht: Einerseits als Verwaltungsübertretung, wenn keine Sach- oder Personenschäden verursacht wurden – mit einem Höchststrafmaß von 15 Tagen Gefängnis; andererseits, wenn Menschen verletzt werden, oder Dinge zerstört werden, im strafrechtlichen Sinne. „Es mag sein, dass öffentlicher lautstarker Protest und provokatives Verhalten unter ‚Rowdytum‘ fallen, aber in diesem Fall ist es dennoch noch ein großer Schritt zu gewalttätigem, zerstörerischem Auftreten. Auch Blasphemie ist meiner Meinung nach etwas ande-

res“, meint Paula Sonnraum, die seit letztem November in Russland arbeitet und hier lieber mit geändertem Namen erwähnt sein möchte. Die Tirolerin war selbst im Gerichtssaal anwesend und verfolgte das Geschehen. „Der Prozesstag an sich ist eigentlich sehr ruhig verlaufen. Aber als ein Aufmüpfiger unter den Zuhörer_innen Kritik äußerte, wurde er letztlich unsanft aus dem Gerichtssaal gebracht“, erinnert sie sich an die Verhandlung Mitte August.

ALLE PFARRKINDER KRIECHEN ZUR VERBEUGUNG. Immer mehr russische Staatsbürger_innen schließen sich derzeit wieder der orthodoxen Kirche an – Religion ist in. „Viele haben hier einen ganz anderen Zugang zu ihrem Glauben als beispielsweise in Österreich, weil dieser während der Sowjetunion lange Zeit verboten war. Ich habe mehrere Freund_innen, die sich erst im Erwachsenenalter taufen gelassen haben“, erzählt Sonnraum. Dieser Zustrom und die damit einhergehende steigende Relevanz der Kirche waren auch im Prozess gegen *Pussy Riot* zu spüren. „Der Kreml versucht schon lange, die Kirche für politische Zwecke zu missbrauchen, ihr Einfluss wächst in Russland immer mehr. Ich denke, auch *Pussy Riot* hat das verstanden und hat daher diesen bestimmten Ort für ihre Aktion gewählt“, sagt Vlasova. Putin könne die Band nicht einfach gehen lassen, weil ihre Aktion „die beiden heiligsten Institutionen in Russland“ angegriffen hat: „Den Kreml selbst und die Kirche.“ „In Russland gilt zwar die Trennung von Staat und Kirche. Letztere ist jedoch ein riesiger Machtfaktor in der Russischen Föderation. Eine enge Beziehung zwischen Kirche und Kreml kann nicht geleugnet werden“, bestätigt auch Sonnraum. Gerade die streng orthodox Gläubigen setzten sich für eine strenge Verurteilung der Sängerinnen und ein hohes Strafmaß ein. Das Verfahren gegen die Punkband hat die russische Bevölkerung gespalten – entweder war man für oder gegen *Pussy Riot*. „Es gibt viele extreme Orthodoxe und das war ihre Gelegenheit, aus ihren Schatten zu treten. Ich selbst bin gläubig, aber *Pussy Riot* hat meiner Meinung nach im strafrechtlichen Sinn keine

Gesetze gebrochen, also sollten sie auch nicht vor Gericht stehen“, so Vlasova.

DAS GESPENST DER FREIHEIT IM HIMMEL.

Während in Russland dieses Thema betreffend also keine Einigkeit herrscht, stehen im Ausland Solidaritätsbekundungen und mediales Entsetzen an der Tagesordnung. Kaum eine internationale Zeitung hat in den letzten Monaten nicht über die maskierten Gegnerinnen von Putin berichtet, in Deutschland und Österreich wurden in Kirchen *Free-Pussy-Riot*-Aktionen abgehalten, zahlreiche Stars und Sternchen stellen sich auf die Seite der inhaftierten Frauen. Und auch im Social-Media-Bereich haben die Proteste gegen Putin Einzug genommen: Profilbilder werden mit Sturmmasken in allen Farben des Regenbogens versehen, Liedtexte und Bilder des *Pussy-Riot*-Auftritts werden täglich getwittert und das Online-Spiel *Angry Birds* wird zu *Angry Krem-lins*. „Das Medienecho hat jedenfalls Einfluss auf die Situation hier, es geht nicht mehr nur um einen Prozess gegen Sängerinnen, die sich nicht adäquat verhalten haben, es ist viel mehr daraus geworden“, meint Sonnraum. Die 28-jährige sieht in den Reaktionen auf das Verfahren gegen Nadeschda Tolokonnikowa, Maria Alechina und Jekaterina Samuzewitsch jedenfalls eine Stärkung der Regierungskritiker_innen: „Ich denke, dass der Prozess Leute motiviert, etwas zu tun, er ist ein weiterer Tropfen, in einem Fass, das bald überlaufen könnte, der Putins Gegner_innen Recht gibt und sie aufstachelt. Es ist doch ein Armutszeugnis, sich mit solchen Methoden an der Macht zu halten.“

Die Autorin Oona Kroisleitner studiert Rechtswissenschaften an der Uni Wien.

Die Überschrift und alle folgenden Zwischenüberschriften sind Zitate aus dem „Punkgebet“, für welches *Pussy Riot* angeklagt und verurteilt wurde.

Foto: Daniela Hall



KRIEGSVERBRECHEN IM KONGO.

Von der Öffentlichkeit vergessen, verhandelt das Stuttgarter Gericht seit 2011 den Fall zweier Milizenchefs aus dem Kongo, die in Deutschland gelebt haben. Die Angeklagten waren Mitglieder der FDLR (*Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas*). Anklage: Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zwölf von 32 ZeugInnen konnten bisher vernommen werden. (EG)

Foto: Thomas Bresson



UMSTRITTENES ZUWANDERUNGSSYSTEM.

Seit Juni 2011 gibt es die Rot-Weiß-Rot-Karte. Mit 1.815 Anträgen ist der Zulauf geringer als erwartet. Die meisten positiven Bescheide gingen laut *Medienservicestelle Neue ÖsterreicherInnen* an ManagerInnen, TechnikerInnen und SportlerInnen. Die Karte richtet sich an Hochqualifizierte und Schlüsselkräfte. (EG)

Foto: Tangi Bertin



GEFÄHRLICHER ALS ACTA.

Laut *Electronic Frontier Foundation* geht das so genannte *Trans-Pacific-Partnership*-Abkommen (TPP) weit über ACTA hinaus: Es enthält Passagen zur Durchsetzung von Immaterialgüterrechten, die sich negativ auf das Internet als globale Infrastruktur auswirken – und BürgerInnenrechte einschränken. Der TPP wird zurzeit von den USA, Kanada, Australien und weiteren Ländern verhandelt. (EG)

Foto: Albert Schöffler



STUDIERENDENPROTESTE IN CHILE.

In Chile eskalierte Anfang August eine nicht genehmigte Demonstration Studierender, wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtete. Diese sollte durch die Polizei gewaltsam aufgelöst werden. Laut Behörden wurden durch die DemonstrantInnen drei Busse in Brand gesetzt und 49 BeamtInnen verletzt. 75 Demonstrierende wurden festgenommen. Dabei ist umstritten, ob die Busse wirklich von Studierenden zerstört wurden. Seit einem Jahr fordert die chilenische Studierendenbewegung eine Hochschulreform und die Abschaffung von Studiengebühren. (MP)

Foto: Lucia Bischof



ANZEIGEN GEGEN AUDIMAXBESETZERINNEN.

Im April haben Studierende das Audimax der Uni Wien besetzt, um gegen die Abschaffung des Bachelorstudiums Internationale Entwicklung (IE) zu protestieren. Trotz gegenteiliger Versicherung durch BeamtInnen der Polizei kam es nun zu Anzeigen wegen Ordnungsstörung. Laut ÖH und Berichten von Augenzeuginnen soll die Räumung nicht ordnungsgemäß verlaufen sein. Die Aufforderung, den Raum zur verlassen, soll nicht verständlich gewesen und ein freiwilliges Verlassen erschwert worden sein. (MP)

Foto: Magdalena Biber



BUDAPEST PRIDE, EIN ERFOLG.

Anfang Juli fand in Ungarn das *Budapest Pride – Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer film and cultural Festival* statt. Im Vorfeld gab es rechte Aufrufe zur Gewalt gegen Homosexuelle im Rahmen der Budapest Pride (*der Standard* berichtete), die rechtsextreme Partei *Jobbik* rief zu einer Gegendemonstration auf. Der *Budapest Pride March* am 7. Juli verlief jedoch dank eines entsprechenden Polizeiaufgebots ohne grobe Zwischenfälle. Für Aufsehen sorgte die Teilnahme der US-Botschafterin Elenis Kounalakis an der Demonstration. (MP)



dossier

Eingeengt

Wer die Rollen neu schreibt.
Auf den Spuren einer vielschichtigen Verweigerung

Feine Differenzierungen

Transidentitäten

Wenn von trans*, Transgender oder Transidentität gesprochen wird, kann sehr Unterschiedliches gemeint sein. Der feinen Differenzierung geschlechtlicher Selbstverortungen steht hier die große Unwissenheit der breiteren Gesellschaft gegenüber. Wo hierzulande bis vor kurzem noch meist von „Transvestiten“ gesprochen wurde, und damit grob „Männer“ in „Frauen“kleidern gemeint waren, wurden inzwischen zumindest Konzepte wie „Transsexualität“ und „Intersexualität“ durch die Medien aufgegriffen. In vielen Darstellungen werden dennoch exotisierende Bilder bemüht, und wenn Trans*personen in den Medien vorkommen, dann oft auf stereotype Weise. Generell orientieren sich die Mediendiskurse dabei weniger an den Bedürfnissen von Betroffenen, als vielmehr an gesellschaftlichen Normvorstellungen. Wird Intersexualität nun aufgrund biologischer Ursachen zumindest formal teils anerkannt, so wird Intersex-Personen dennoch oft die Einordnung in ein klassisch zweigeschlechtliches Modell abverlangt. Bei Transsexuellen wird der Wunsch, im „anderen“ Geschlecht zu leben, häufig überhaupt infrage gestellt. Oft ist klischeehafte Überzeugungsarbeit von Transpersonen nötig, um anerkannt zu werden. Trans* ist ein sehr breites und meist allzu reduziert betrachtetes Label, das nicht zuletzt auch von vielen Menschen als Bezeichnung bewusst abgelehnt wird. Die angeführte Literatur versucht weitere Einblicke zu geben.

Hijras und andere Konzepte

Außerhalb Europas gab und gibt es verschiedenste institutionalisierte Formen von Gender-Crossing und alternativen Geschlechtern: brasilianische Travestis, indische Hijras, „weibliche Ehemänner“ in verschiedenen afrikanischen Gesellschaften, oder verschiedene ambivalente Geschlechter in indigenen Gesellschaften in Nordamerika. Diese Beispiele zeigen, wie unterschiedlich Transgender-Identitäten sein können. Können manche davon identitätspolitisch inspirieren, warnen andere davor, dass eine großteils geschlechterbinäre Hetero-Gesellschaft durch ein exotisiertes, ausgebeutetes „drittes Geschlecht“ auch stabilisiert werden kann.

Transsexualität

Der Begriff „Transsexualismus“ wurde 1923 vom deutschen Arzt Magnus Hirschfeld eingeführt, um zu beschreiben, wie Personen sozial und physisch eine Transition in das „andere“ Geschlecht anstreben. Hirschfeld hat dabei bereits in den 1920er-Jahren Transsexuelle in ihrem Geschlechtswechsel unterstützt und begleitet. Faschismus und Nationalsozialismus haben allerdings der fortschrittlichen Geschlechterpolitik und -praxis ein Ende bereitet. Erst über Harry Benjamin wurde in den USA der 1950er-Jahre Transsexualität auch wissenschaftlich wieder wohlwollend aufgegriffen, wenn auch in patriarchal-paternalistischer Weise. Inzwischen ist die Existenz von Transfrauen (Mann-zu-Frau-Transsexuelle, MzF, MtF) und Transmännern (Mann-zu-Frau-Transsexuelle, FzM, FtM) akzeptierter. Dennoch wird Transsexualität auch nach wie vor medial sowie in der Mehrheitsgesellschaft als krankhaft angesehen und in Medien exotisiert.

Feministische Science-Fiction

Für eine emanzipatorische Geschlechterpolitik können gerade auch fiktive Geschlechterkonzeptionen sehr brauchbar und motivierend sein. So finden wir in verschiedenen feministischen Science-Fiction-Werken reichhaltige Überlegungen über alternative Modelle – von solchen, in denen Geschlecht keine Rolle mehr spielt, bis zu solchen, in denen es fünf oder mehr Geschlechter gibt. Ausgehend von dort verhandelten Konflikten lässt sich auch über die eigenen Praktiken und Möglichkeiten reflektieren. Zugleich bieten Science-Fiction-Romane auch einen Raum, sich selbst erst einmal mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, außerhalb politisch verfahrenere Kontexte.

Geschworene Jungfrauen

Die einzige institutionalisierte Form des Gender-Crossings in Europa finden wir in Albanien: die Tobelja („die, die einen Schwur abgelegt hat“). Eine Frau übernimmt dabei jegliche Tätigkeiten, die in der Regel „Männern“ vorbehalten bleiben, und legt jene Tätigkeiten ab, die „Frauen“ zugeschrieben werden. Eine körperliche Transition wird zumeist nicht angestrebt. Tobeljas entscheiden sich oft nicht selbst zu diesem Weg, sondern werden von der Familie in diese Rolle gedrängt. Sie werden oft stereotype, teils misogynie – also frauenverachtende – Männer. Dieses Modell stabilisiert rigide Geschlechternormen und wurzelt vor allem in sozialen Notlagen in einer traditionellen Gesellschaft. Als Folge der Gleichstellungsbestrebungen zwischen „Frau“ und „Mann“ im jugoslawischen Sozialismus ist dieses Modell inzwischen kaum noch verbreitet.

Gender Queer

Nicht in das vorgefertigte Rollenbild passen, das uns von der Gesellschaft vorgegeben wird: Das passiert oft leichter als man glaubt. Gender Queer oder Gender Fluid sind Identitätsbezeichnungen, die viele Menschen anwenden, um den engen Kategorien zu entfliehen. Beide Ausdrücke sind Überbegriffe, die verschiedenste Assoziationen zulassen. Es kann sich dabei um Menschen handeln, die sich mal mehr als Mann, mal mehr als Frau fühlen, oder sich in gar keiner geschlechtlichen Identität wohlfühlen. Aber es kann auch nur die sogenannte gender expression gemeint sein, also die typischen sozialen Verhaltensweisen, die sich nicht mit den Stereotypen decken. Nichts zu tun hat der Begriff mit sexueller Orientierung. (red)

Weitere Infos

Empfohlene Lektüre:

Schröter, Susanne. 2002. FeMale. Über Grenzverläufe zwischen den Geschlechtern. Fischer Taschenbuch Verlag.

Serano, Julia. 2007. Whipping Girl: A Transsexual Woman on Sexism and the Scapegoating of Femininity. Seal Press.

Voß, Heinz-Jürgen. 2010. Geschlecht: Wider die Natürlichkeit. Schmetterling Verlag.

Science-Fiction:

Piercy, Marge. 1985. Woman on the Edge of Time. Women's Press.

Delany, Samuel R. 1996. Trouble on Triton: An Ambiguous Heterotopia. Wesleyan University Press.

Scott, Melissa. 2009. Shadow Man. Lethe Press.

Organisationen/Links:

<http://www.transx.at>

<http://www.intersexualite.de>

Irgendwo dazwischen

Mann oder Frau, entweder-oder: In unserer Gesellschaft herrscht der Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit. Menschen, die diese Geschlechtergrenzen überschreiten, stehen dabei nicht nur vor juristischen Hürden.

„Wann lässt du dich operieren?“ – „Nimmst du Hormone oder so?“ Diese Fragen werden Jolly (siehe Porträt, Anm.), Student_in der Materialwissenschaften in Jena, häufig gestellt, wenn er_sie mit anderen Personen darüber spricht, dass er_sie trans* ist.

Beim Thema Transgender haben die meisten eine Metamorphose von Frau zu Mann oder umgekehrt vor Augen. Trans* beziehungsweise Transgender ist aber ein Überbegriff, den einerseits Menschen verwenden, die sich auch mit Begriffen wie Transsexuelle, FTM (Female to Male) oder MTF (Male to Female) beschreiben und sich damit klar als Mann beziehungsweise Frau identifizieren. Andererseits gibt es viele Personen, die sich erst gar nicht in dieses Schema einpassen wollen, und für die eine geschlechtliche „Uneindeutigkeit“ Grundlage ihres trans*-Seins bedeutet. Die Frage, wo Transgender anfängt und aufhört, lässt sich somit nicht eindeutig beantworten. „Trotzdem gibt es eine Gemeinsamkeit, nämlich Geschlechternormen teilweise abzulehnen und sich selbst nicht mit dem Geschlecht zu identifizieren, das einem nach der Geburt zugeordnet wurde“, sagt Jolly.

STATUS QUO. In Österreich ist seit einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes aus dem Jahre 2009 der Operationszwang für Trans*Personen gefallen. Das heißt, dass eine geschlechtsanpassende Operation für eine Personenstandsänderung, durch die das gelebte Geschlecht offiziell anerkannt wird, nicht mehr verpflichtend ist. Diese Änderung muss beim Standesamt des Geburtsortes beantragt werden. Allerdings lässt der Gesetzestext noch immer Raum für Interpretationen, weshalb bezüglich Personenstandsänderungen keine Rechtssicherheit besteht. Eine Ablehnung des Ansuchens liegt im Ermessen des oder der jeweiligen BeamtIn. Je nach Bundesland gibt es hier Unterschiede. „Es geht in Wien und in Salzburg relativ problemlos, in Kärnten und der Steiermark gibt es ziemliche Schwierigkeiten“, erklärt Andrea von *TransX*, einem Verein für Transgender-Personen.

KRANKE KLASSIFIKATION. Eine weitere Hürde bei der Personenstandsänderung ist für viele Trans*Personen die Forderung nach einem psychiatrischen Gutachten, in dem explizit die Diagnose „Transidentität“ gestellt wird. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO sind Trans*Personen krank.

Im Diagnosekatalog ICD (International Classification of Disease) wird Transsexualität als eine „Persönlichkeits- und Verhaltensstörung“ geführt, wodurch Trans*Personen pathologisiert werden. „Viele Transgender-Personen finden es diskriminierend, dass sie die Krankheitswertigkeit nachweisen müssen. Wenn eine Transgender-Person den Personenstand dem anpassen will, was er_sie empfindet, und dann den ganzen Zinobber machen muss, fühlt er_sie sich natürlich nicht gut“, sagt Angela Schwarz von der *Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen*. Die Pathologisierung garantiert im Moment jedoch, dass beispielsweise genitalanpassende Operationen von der Krankenkasse übernommen werden. „Die Sorge ist, dass, wenn die Einstufung als Krankheit weg ist, medizinische Systeme nicht mehr zahlen wollen“, sagt Schwarz.

Dabei gäbe es durchaus internationale Richtlinien für die Behandlung von Transgender-Personen – die sogenannten Standards Of Care – die von der WPATH, der internationalen Gesellschaft für Transgender Gesundheit, formuliert wurden. Doch anstatt diese anzuerkennen, wird in Österreich eine

Zwischen Stadt und Land

Nicht „damit“ hausieren gehen – diesen Umgang mit ihrer*seiner Trans*identität wünschte sich Jackies Mutter. Jackie hat diesen Wunsch erfüllt, um ihrer*seiner Mutter die Reaktionen im dörflichen Heimatort zu ersparen. In Wien ist das allerdings anders: Hier engagiert sich Jackie bei öffentlichen Projekten und bewegt sich in mehreren akademischen Feldern.

Angefangen hat die*der 29Jährige mit Informatik, um nach und nach zu bemerken, dass sie*er sich für Querschnittsmaterien wie Gender Studies und Wissenschaftstheorie interessiert. Heute absolviert Jackie das Masterstudium „Science-Technology-Society“ und weiß, dass es genau dieses hin und her zwischen Fächern und Materien ist, das sie*ihn so reizt. Dabei ist Jackie keine sprunghafte, sondern eine bedachte Person, die die eigene Wandelbarkeit im akademischen Sinne als hybrid benennt. Hybridität, verstanden als Vermischung von als getrennt wahrgenommenen Sphären, ist ein Begriff, der Jackies Erzählungen auch in Hinblick auf geschlechtliche Identitäten dominiert. Überlegt ist ihr*sein Umgang mit Worten, denn die Frage nach Identifikationen und Coming-Outs ist komplex. Jackie hat sich lange Zeit als Transgender identifiziert und benutzt diesen Begriff auch heute noch als Überkategorie, in der sie*er sich nicht festlegen muss und die daher in allen Bereichen „passt“. Der Begriff transsexuell, der für Jackie eine viel konkretere Identifikation bedeutet, ist einer, den sie*er nicht immer benutzt und benutzen kann. In manchen Momenten sehnt sich Jackie nach dem identitär sicheren Hafen „Frau“, in dem ihre* Identifikation nicht ständige Irritation hervorrufen würde.

Dass Irritationen gerade im akademischen Umfeld nicht diskutiert werden, führt Jackie, die*der lieber eine zurückhaltende und beobachtende Position einnimmt, darauf zurück, dass sie*er sich nie sicher sein kann, wie sie*er von anderen wahrgenommen wird. Ihre*seine Zurückhaltung bedeutet aber nicht, dass Jackie sich vor Gesprächen scheut. Sowohl in der Begegnung mit Informatikkolleg_innen, die ihre*seine lila Fingernägel kommentieren, als auch bei der Beschreibung ihrer*seiner MasterArbeit stellt Jackie fast mühelos neue Beziehungen zwischen kaum miteinander in Verbindung stehenden Themenfeldern her. (bart)



Foto: Maria Keex

Kommission eingesetzt, die eigene Empfehlungen entwickelt.

RECHT AUF FREIE NAMENSWAHL. Ein weiterer Mischstand in Österreich ist, dass es derzeit nicht möglich ist, einen Vornamen zu wählen, der dem staatlich zugewiesenen Geschlecht widerspricht. Im Bundesgesetzblatt Nummer 195/1988 steht in Paragraph drei geschrieben, dass die Änderung des Vornamens nicht bewilligt werden darf, wenn dieser „nicht dem Geschlecht des Antragsstellers entspricht“. Bisher können Menschen, die in einem anderen Geschlecht leben wollen als dem, das ihnen bei der Geburt zugewiesen worden ist, ihren Vornamen folglich erst dann offiziell tragen, wenn eine Personenstandsänderung bewilligt worden ist. Dafür brauchen sie aber jenes psychiatrische Gutachten, das ihnen eine psychische Störung bescheinigt. Damit werden Menschen für krank erklärt, obwohl diese weder den Wunsch noch Bedarf nach medizinischer Behandlung haben. „Das ist vor allem für die Personen eine Hürde, die gerade damit beginnen, im anderen Geschlecht zu leben“, sagt Heike Keusch vom Vorstand des Vereins *TransX*. Daher fordert *TransX* das Recht auf freie Namenswahl. Das heißt, dass die Geschlechtszugehörigkeit beim Namen nicht mehr zwingend sein soll. Bislang stelle sich die Politik in dieser Causa aber völlig quer. Zwar können die Personen für sich selbst – etwa im Alltag – ihren Namen wechseln, aber bei offiziellen Angelegenheiten bleibt der unpassende Name bestehen.

Eine Option für eine Namensänderung ist im Moment die Wahl eines geschlechtsneutralen Vornamens. Das kostet in etwa 500 Euro, die sich nicht jeder leisten kann. Aus verschiedenen Gründen kann

diese Gebühr erlassen werden. „Ein weiterer Grund für einen Erlass wäre für uns, dass eine Transgender-Person einen geschlechtsneutralen Vornamen haben will“, erklärt Schwarz.

ÄHNLICHE SITUATION. In Deutschland ist eine Namensänderung nur nach einer einjährigen Psychotherapie und der Vorweisung von zwei verschiedenen Gutachten möglich. Ein Preis, den Jolly nicht bezahlen will, auch wenn er sie gerne den im Pass eingetragenen Namen ändern möchte: „Wenn sich die Regelung nicht verbessert, dann würde ich lieber darauf verzichten und den schmalen Grat dazwischen für mich selbst finden, als dieses Prozedere über mich ergehen zu lassen. Dabei geht’s für mich auch ums Prinzip und die Anerkennung, dass es so, wie es jetzt ist, gar nicht geht.“

Progressiver ist da Argentinien: Dort wurde vor kurzem ein fortschrittliches Transgender-Gesetz verabschiedet, mit dem eine Namensänderung und Geschlechtseintragung in Dokumenten nur mehr einen Gang zum Amt braucht. Für Jolly ist das eine klare Lebensverbesserung. Trotzdem stellt er sie klar: „Solange die gesellschaftliche Akzeptanz nicht da ist, sind alle gesetzlichen Regelungen nur halb so viel wert.“

COMING-OUT. Laut Andrea haben sich die Reaktionen auf Coming-Outs im familiären Umfeld in den vergangenen Jahren verbessert, weil die Leute besser aufgeklärt seien: „Dass die Eltern und Verwandten in der Regel nicht glücklich sind, ist klar. Die ganz großen Katastrophen habe ich in den letzten Jahren aber nicht mehr erlebt.“ Dass es für Familienangehörige dennoch oft schwierig ist, mit der Situation umzugehen, hat auch Jackie erlebt. Er*sie

schreibt in Wien derzeit an ihrer*seiner Masterarbeit und ist in einer katholisch geprägten Familie aufgewachsen, die eine sehr konservative Vergangenheit hat: „Meine doch eher aufgeschlossene Mutter meinte, ich solle mit meiner Identität nicht hausieren gehen und dass meine Großeltern ‚das‘ nicht verkraften würden. Und weil ich meine Mutter mag, hab ich das dann im Dorf nicht so rumerzählt, weil sie im Endeffekt diejenige ist, die dem Dorf dann ausgesetzt ist und nicht ich.“

„Die Leute fallen nicht mehr in Ohnmacht, wenn sie Transen sehen“, sagt Andrea, die bei *TransX* in der Beratung tätig ist und lacht. Offene Diskriminierung würde es in unserer Gesellschaft kaum mehr geben – unterschwellig jedoch sehr wohl. Das bekommen viele Trans*Personen vor allem im Berufsleben zu spüren. „Ich habe in der Firma getransed und dann nicht mehr Fuß fassen können und bin dann fünf Jahre lang herumgeschoben worden, bis ich aufgegeben habe“, erzählt Andrea. Rund 50 Prozent können laut Heike Keusch ihren Job behalten. „Das geht aber oft mit viel Bauchweh und anderen Geschichten einher“, sagt sie.

Laut Schwarz sind Bildung und Aufklärung in diesem Zusammenhang wesentliche Aufträge. Die Haltung „Ich verstehe nicht, warum dieser Mann plötzlich eine Frau sein will, und weil ich es nicht verstehe, kann ich darüber stänkern“ ist ihrer Meinung nach sehr wohl noch verbreitet. Auch Jolly stößt auf der Uni des Öfteren auf diese Art von Unverständnis: „Das Problem beispielsweise bei meinen Kommiliton_innen ist, dass ich versucht habe, Gespräche zu führen und von ihnen keine Bereitschaft da war, auch nur ansatzweise darüber zu reden“, erzählt er sie.

Nervende Fragen



Foto: Kirsty O'Neill

Studium, Politik und Rugby: So sieht Jollys Alltag in Jena aus, wo er sie Materialwissenschaften studiert, aber nie besonders lange bleibt. Gerade von einem internationalen Bildungsseminar wiedergekommen, packt Jolly bereits die Koffer für eine Reise nach Bulgarien und ein anstehendes politisches Sommer-Camp. Antifaschismus und Ökologie sind der dem 20-Jährige_n in seinem ihrem sozialistisch geprägten politischen Engagement besonders wichtig. Und in letzter Zeit sind vor allem Fragen rund um Geschlecht, Sexualität und Transgender hinzugekommen. Diesbezüglich versucht Jolly, seine ihre Mitmenschen zum Nach- und Umdenken zu animieren.

An der Uni gestaltet sich das allerdings oft schwierig: Zwar sind für Jolly Gespräche mit Kommiliton_innen zu Geschlechterrollen oder Sexismus wichtig, Transgender-Themen spricht er sie jedoch erst spät oder gar nicht an – auch, um sich nicht durch ein Outing angreifbar zu machen. Denn Outings bedeuten für Jolly oft anstrengende Fragen nach dem „echten“ Namen und dem „echten“ Geschlecht sowie nach einer vermeintlichen medizinischen Geschichte oder Hormonbehandlungen. Auch in seiner ihrer eigenen Familie ist Jollys Name Thema: Während seine ihre Mutter gerne die „Ausnahme“ sein möchte, beharrt Jolly auf seinem ihrem Wunsch, auch von ihr mit der gewählten Identität anerkannt zu werden. Beharrlichkeit und Motivation sind jene Eigenschaften, die einem entgegenspringen, wenn Jolly in einem unglaublichen Tempo von seinen ihren Outings, zuerst als Lesbe, dann als Trans*Person spricht. Dass Jolly, obwohl er sie gerade erst angefangen hat zu studieren, mitten im Leben steht, wird spätestens dann klar, wenn er sie über die positiven Momente von Coming-Outs spricht, in denen seine ihre eigene Identität von anderen so wahrgenommen wird, wie er sie sich selbst wahrnimmt.

Trans*-Sein spielt für ihn sie auf vielen Ebenen eine Rolle: Jolly würde formal-rechtliche Dinge wie seinen ihren Namen oder die Geschlechtseintragung in Dokumenten zwar ändern wollen, aber nur, wenn dies nicht mit bürokratischen Hürden, medizinischen Untersuchungen oder Psychotherapien verbunden wäre. Die eigene Trans-Identität ist für Jolly auch politisch ein Faktor. Obwohl er sie sich nicht nur mit Trans-Bildungsarbeit und Trans-Politiken beschäftigen möchte, versucht er sie Menschen zu sensibilisieren – einerseits im Sinne einer Verbesserung seiner ihrer eigenen Situation und andererseits damit Menschen, die nach ihm ihr Politik machen und sich als Trans* identifizieren, nicht vor den gleichen Hürden stehen. (bart)

VERFOLGUNG. Als großes Thema in Zusammenhang mit Transgender sehen Keusch und Andrea in Zukunft die Betreuung von Trans*Personen, die in Österreich um Asyl ansuchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer Transsexualität verfolgt werden. Ein bekannter Fall ist jener von Yasar Öztürk, die in der Türkei von der Polizei misshandelt wurde. Ihre Abschiebung konnte zwar verhindert werden, ein positiver Asylbescheid fehlt aber bis heute. „Dabei geht es nicht nur darum, dass diese Leute Asylstatus bekommen, sondern dass diese Leute, wenn sie in der Grundversorgung sind, in Wien leben können, da sie in Flüchtlingsheimen außerhalb ebenfalls mit Diskriminierung zu kämpfen haben“, erklärt Schwarz.

ZWANG ZUR ZWEIFGESCHLECHTLICHKEIT.

Viele Trans*Personen sehen sich nicht als strikt männlich oder weiblich, sondern bewegen sich in einem Feld dazwischen. „Zweifgeschlechtlichkeit an sich ist kein großartiges Konzept“, sagt Jolly. „Für mich bedeutet Trans*, dass ich mich selbst nicht als eines der beiden von der Gesellschaft vorgegebenen Geschlechter definieren möchte.“ So von anderen Menschen wahrgenommen zu werden, gestalte sich aber auch als schwierig, weil die Möglichkeit, weder als „Frau“ noch als „Mann“ verstanden zu werden, in deren Köpfen gar nicht existiere. „Die Leute tun sich

leichter, wenn sie andere in zwei Schachteln einordnen können. Wenn es in die Bandbreite der Identitäten geht, wird es schwierig“, sagt Schwarz. „Dass für manche die Zuordnung zu einem Geschlecht unerträglich ist, ist zu akzeptieren. Wie man das jetzt im Detail umsetzen kann, weiß ich aber nicht“, fährt sie fort. Die kritische Frage, in welchen offiziellen Papieren das Geschlecht überhaupt aufscheinen muss, stellt Schwarz ebenso wie Jolly.

Dennoch hält Schwarz es für unwahrscheinlich, dass es im westeuropäischen Rechtssystem etwas anderes als Mann und Frau geben wird. „Geschlechtsidentitäten völlig auszuheben, wäre ein bisschen wie das Kind mit dem Bade auszuschütten, weil es im negativen Sinne Diskriminierung auf Basis des Geschlechts gibt. Diese wäre dann nicht mehr feststellbar. Außerdem ist Geschlecht für viele schon auch ein Teil der Identität. Es wäre nicht in Ordnung, das als null und nichtig wegzuwischen.“

Abseits der Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung, freier Personenstandsänderung und freier Wahl des Vornamens geht es bei der Verbesserung der Lebensrealitäten von Trans*Personen auch um eine gesellschaftliche Veränderung. Die Geschlechtsidentitäten von Personen als ihre eigene Wahl zu akzeptieren und anzuerkennen, sei dabei der

erste Schritt, meint auch Jolly: „Das Wichtigste ist, dass sich Leute darauf einlassen können. Dass sie Identitäten auch mal akzeptieren, auch wenn sie diese gerade nicht nachvollziehen können. Dass sie beispielsweise gewünschte Pronomen verwenden und versuchen, den anderen Namen zu verwenden und darin zu denken.“

**Die Verwendung von Personalpronomen in unterschiedlichen Schreibweisen entspricht den Selbstbezeichnungen der Interviewten.*

Jeden zweiten und vierten Donnerstag wird von 20:00 bis 22:00 Uhr von TransX persönliche Beratung in der Rosa Lila Villa angeboten. Nähere Informationen gibt es unter www.transx.at.

Die Autorin Elisabeth Mittendorfer lebt als freie Journalistin in Wien. Elena Barta studiert Geschichte an der Uni Wien.



Mehr als eine

Das Transgender Equality Network Ireland (TENI) tritt für eine rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Transgender-Personen in Irland ein. progress sprach mit dem TENI-Aktivisten Broden Giambrone über die Herausforderungen einer Bewegung.

progress: Der Begriff Transgender wird sehr unterschiedlich verwendet. Was bedeutet Transgender für TENI?

Broden Giambrone: Alle Menschen, deren Geschlechtsidentität von jener abweicht, die ihnen bei ihrer Geburt zugewiesen wurde fallen für uns unter den Begriff Transgender. Konkret: Crossdressing, Transsexualität, Travestie, Gender-Queer oder Gender-Fluid und viele mehr, aber auch Menschen, die sagen, dass sie gar keine Geschlechtsidentität haben.

Wie würdest du die Wahrnehmung von Transgender-Personen in Irland beschreiben?

Diskriminierung von Trans-Personen ist ein großes Problem. Viele Menschen realisieren überhaupt nicht, dass es Trans-Menschen gibt. Ein gutes Beispiel dafür war ein Interview, zu dem ich letztes Jahr von einem der großen Radiosender eingeladen wurde. Nachdem das Interview vorbei war, kam der Moderator zu mir und sagte: „Ich habe ja gar nicht realisiert, dass es mehr als eine Trans-Person in Irland gibt.“ (lacht) Wir kämpfen also in erster Linie mit dieser Unsichtbarkeit. Von dieser Unwissenheit leiten sich viele der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, wie etwa Transphobie, ab. Das Stereotyp ist eine Trans-Frau in ihren Fünfigern.

Welche Unterstützung können sich Transgender-Personen erwarten, wenn sie zu TENI kommen?

Viele sind arbeitslos oder haben Probleme, das Haus zu verlassen, manche wollen sich einer Geschlechtsumwandlung unterziehen oder sie haben ganz einfach Probleme mit ihren Gefühlen in Bezug auf ihre Geschlechtsidentität. Die Anfragen reichen vom Wunsch nach einem Kontakt zu Gleichgesinnten, etwa in einer Peer-Support-Group, über das Bedürfnis, anonym mit einem/einer TherapeutIn sprechen zu können, bis hin zu Fragen rund um intraspezifische Gesundheitsversorgung.

Ihr haltet Workshops an Schulen, für Gewerkschaften oder andere Interessierte. Was vermittelt ihr hier?

Wenn wir mit Gruppen aus dem Gewerkschaftsbereich arbeiten, reden wir vor allem über Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Da die Gleichbehandlungsgesetze in Irland Trans-Menschen nicht explizit erwähnen, kommt es für sie am Arbeitsplatz immer wieder zu Problemen, wenn es etwa um Mobbing oder Kündigungen geht. Wir bekommen selten die Möglichkeit, in den Schulen Workshops zu halten, weil das Schulsystem sehr katholisch geprägt ist.

Welche Reaktionen bekommt ihr auf die Workshops?

Die Reaktionen sind meist positiv, aber auch sehr unterschiedlich. Ich würde nicht sagen, dass die irische Gesellschaft inhärent transphob ist. Oft ist es einfach Unwissenheit. Wenn wir mit Jüngeren sprechen, sind sie zwar meist recht schüchtern, dafür fehlen ihnen viele der Vorurteile die ältere Generationen haben.

Wie funktioniert eure Zusammenarbeit mit der Politik beziehungsweise der Gesetzgeberin als Interessensvertretung?

Wir versuchen in erster Linie Bewusstsein zu schaffen. Wir reden mit den PolitikerInnen über negative Erfahrungen, die Trans-Menschen in den verschiedenen Lebensbereichen machen müssen, wie etwa den schwierigen Zugang zur Gesundheitsversorgung, Diskriminierung am Arbeitsmarkt oder die hohe Selbstmordrate. Wir bemühen uns auch das Thema positiv zu besetzen. Aber die Politik agiert in diesem Bereich nicht proaktiv. Zum Beispiel ist Irland eines der letzten Länder, in dem man die eigene Geburtsurkunde immer noch nicht ändern kann. Und das, obwohl ein Gericht bereits 2007 entschieden hat dass eine entsprechende Änderung möglich sein muss. Wir arbeiten an einem entsprechenden Gesetz, aber der Prozess schreitet sehr langsam voran.

Wie sieht die Situation in Irland in Bezug auf den Zugang zum Gesundheitssystem für Transpersonen aus?

Um in Irland etwa eine Geschlechtsumwandlung oder einfach nur einzelne geschlechtsspezifische Operationen machen zu können, muss man zuerst mit einer sogenannten „Geschlechtsidentitätsstörung“ identifiziert werden. Im staatlichen Gesundheitssystem gibt es aber nur sehr wenige PsychologInnen oder PsychiatrerInnen, die sich damit auskennen oder Erfahrungen mit Trans-Menschen haben. Das führt dazu, dass Menschen in das teure private System wechseln, sofern sie sich das überhaupt leisten können. Es hängt also davon ab, ob man das Geld hat, um sich die entsprechende Gesundheitsversorgung leisten zu können.

Wie gehen die Menschen damit um, dass sie mit einer Geschlechtsidentitätsstörung identifiziert werden müssen, um Anspruch auf gewisse Leistungen bekommen zu können?

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt einige, die sich sehr stark damit identifizieren. Für sie bietet eine „Geschlechtsidentitätsstörung“ eine Erklärung für ihre Gefühle sowie eine Möglichkeit, zu ihren KollegInnen, FreundInnen oder ihrer Familie gehen und sagen zu können: Schaut ich habe diese Störung, ich kann nichts dafür. Ich denke aber, dass wir uns

langsam in eine Richtung entwickeln die diese Diagnose überflüssig macht.

Arbeitet ihr auch mit anderen europäischen oder internationalen Transgender-Organisationen zusammen?

Ja. Derzeit mit verschiedenen europäischen Organisationen gemeinsam an dem Projekt *Page One*, das sich mit der Sichtbarkeit und Repräsentation von Trans-Menschen in den Medien beschäftigt. Europaweit erleben wir einen sehr ähnlichen Umgang der Medien mit Trans-Themen, entweder sie finden gar keine Beachtung, oder es werden Sensations-Stories gebracht. Ziel des Projekts ist es, mehr Sichtbarkeit und eine positivere Berichterstattung in den Medien zu erreichen. Oft wird in Interviews danach gefragt, ob man eine Operation hatte oder wie man früher geheißen hat. Unvorbereitet kann es in solchen Situationen passieren, dass man plötzlich über Sachen spricht, die man gar nicht erzählen wollte. Wir wollen, dass sich Trans-Menschen dabei wohl fühlen, ihre eigene Geschichte so zu erzählen, wie sie es wollen und nicht, wie sie die JournalistInnen oftmals hören wollen.

Wie würdest du die Repräsentation von Trans-Menschen in den Medien generell beschreiben?

Wenn darüber überhaupt berichtet wird, dann fast ausschließlich in Form von Klatsch- und Tratsch-Geschichten. Themen, über die eigentlich berichtet werden sollte, wie Transphobie, Diskriminierungen, Gewaltverbrechen oder die rechtliche Situation, kommen praktisch nicht vor. Die Medien sind mehr daran interessiert, ob du operiert wurdest, oder an Vorher-nachher-Bildern. Unsere Vorsitzende bei TENI, die auch als Lektorin für die Trinity Universität in Dublin arbeitet, musste vor einiger Zeit eine besonders schlimme Erfahrung im Umgang mit den Medien machen. Die irische *Sun*, eine der größten Boulevard-Zeitungen, die von Millionen Menschen gelesen wird, hat ein Foto von ihr auf dem Cover abgedruckt und getitelt: „Trinity's sex swap proof. Greek Lecturer was a man“. Sie haben sie einfach so geoutet. Auf der Titelseite! Sie hat weder ihr Einverständnis zu einem Interview gegeben, noch dazu, dass ein Foto von ihr gemacht wird und schon gar nicht, dass es abgedruckt wird. Wir waren erschüttert.

Habt ihr geklagt?

Nein, aufgrund einer Reihe von persönlichen Gründen hat sie sich entschieden, keine rechtlichen Schritte einzuleiten.

Das Interview führten Marlene Brüggemann und Georg Sattelberger.



Skandalisierung des Normalen

Die besten Schlagzeilen, die Unterhaltungsmedien und Rezipient_innen gleichermaßen nähren, liefern wohl die kleinen und großen Skandale der Stars und Promis. Einblicke in deren Privatsphäre, in ihr „wirkliches“, „ungeschminktes“ Leben werden der Sensation wegen offengelegt. Und was bietet dafür besseren Stoff als die Sexualität der Stars? Im Vergleich mit der medialen Sprache der 70er-Jahre zeigt die aktuelle Berichterstattung über Coming-Outs in der Popwelt aber auch, dass heute von einer anderen Normalität ausgegangen wird.

Musik ist oft einnehmend und exzessiv und spricht gerade deshalb so viele Menschen an. Sie drängt quasi an die Öffentlichkeit. Popmusik erfüllt aufgrund dieser Eigenschaften seit jeher eine Scharnierfunktion, die Musik mit politischem Engagement, Aktionismus und Intervention verbindet. Musik ist Ausdrucksmittel und Ventil, sowohl für die Freuden des Lebens als auch für Leid, Trauer und Wut. Diese Wut bringt uns direkt in das New York der späten 1970er-Jahre – dem, wenn man so will, Entstehungsort des Punk. Weiße Mittelschicht-Kids fanden in einer schnelleren und raueren Spielweise des Rock 'n' Roll und dem körperbetonten Auftreten auf der Bühne ein provokatives Medium der Rebellion gegen die Generation ihrer Eltern und deren Vorstellungen vom richtigen Leben.

PROVOKATION. Die Künstlerin und Sängerin Jayne County – früher unter dem Namen Wayne County als Protagonistin der New Yorker Punk-Szene der 70er-Jahre bekannt – betont in Interviews mit der Musikpresse stets den rebellischen und politischen Geist ihres Schaffens in dieser Zeit. County sieht sich in einer Pionierinnenrolle: „I was the first completely full-blown, in-your-face queen to stand up on a rock 'n' roll stage and say 'I am what I am, I don't give a damn'“, so County in einem Interview mit dem Fanzine *Punk Globe*. Ein Blick auf den Pressespiegel ihrer Homepage zeigt die Empörung, die ihre Auftritte einst auslösten und die Angst der bürgerlichen Medien vor einer Person, die sich auf keine geschlechtliche Identität festlegen will und dies auch offen nach außen trägt. Countys Musik wird als „Müll“ bezeichnet, der eher in den Abfall-eimer gehört als auf eine Bühne. Mit ihrer provozierenden Message sollte Countys Kunst die homo- und transphoben Wertvorstellungen der Öffentlichkeit herausfordern. Sie flucht, schimpft und phantasiert. Damit will sie vor allem vor den Kopf stoßen. Selbst beschreibt sie sich als „verrückt, vernünftig, ungeduldig“.

Die Verschränkung von Kunst und politischem Aktivismus macht das eigene Leben zu einem großen Kunstwerk, so der avantgardistische Anspruch, den

Macht die jüngste „Welle“ an Coming-Outs von Musiker_innen aller Genres lediglich das voyeuristische Verlangen der Massen explizit, oder kann der Berichterstattung auch etwas Positives abgewonnen werden?

die Person County verkörpert. Sie selbst wurde zum Rock-'n'-Roll-Star im Zirkus des Showbiz, zu einem „Freak“, wie ein Artikel in *The Province* dazu verlautbarte: „Wayne hat seine Ausdrucksform im Rock gefunden, wo Freak Shows Teil des Normalen sind. Du hast eine Frau in einem Männerkörper, du zeigst es nach außen: Das ist Show-Business.“

Bands wie die *New York Dolls*, die mit ihrem cross-dressing für Aufsehen sorgten, Auftritte von *Iggy Pop & the Stooges*, die regelmäßig im Exzess endeten, oder Patti Smith, die mit Krawatte und Sakko auf der Bühne stand und dafür bekannt wurde, konnten die Aufmerksamkeit nicht nur kommerziell nutzen. Sie alle prägten die Popwelt nachhaltig.

PRIVATISIERUNG DES POLITISCHEN? Was damals als anstößig und verpönt galt, ist heute in vielen Teilen der Popwelt bereits etabliertes Stilmittel. Von David Bowie, Prince über Madonna zu Lady Gaga – um nur einige der ganz Großen zu nennen – ist das Spiel mit Geschlechteridentitäten wichtiger Bestandteil künstlerischen Ausdrucks, begleitet von einem gar nicht so aufrührerischen Sound.

Das scheint heute der Normalität zu entsprechen. Auch wenn von der Musikpresse, wie etwa dem *Juice-Magazine*, dem größten europäischen HipHop-Zine, das Coming-Out des R'nB/Soul-Sängers Frank Ocean 2012 als Meilenstein bezeichnet wird. Ocean ist Mitglied des hochechfolgreichen, aber ob seiner homophoben, sexistischen und gewaltverharmlosenden Äußerungen umstrittenen Hip-Hop-Kollektivs *Odd Future* und gilt als das derzeit größtes Talent in einem stark männlich geprägten, oft misogynen und homophoben Umfeld.

IN EIGENER SACHE. Auch das rege mediale Interesse am Coming-Out der Sängerin Laura Jane Grace von der Punkrockband *Against Me!* galt, ähnlich wie bei Ocean, weniger der sexuellen bzw. der geschlechtlichen Identität als Teil eines künstlerischen und politischen Konzepts, sondern vielmehr der

konkreten Lebensrealität von Grace als Person. Während Jayne County erst in den jüngsten Interviews einige wenige persönliche Details verraten hat, liest sich die umfassende Reportage des *Rolling Stone* um Graces Coming-Out wie ein persönlicher Erlebnisbericht. Spielten sich die Interviews Countys in Clubs oder Kellerräumlichkeiten irgendwelcher Studios ab, so bittet Grace *Rolling-Stone*-Reporter Josh Eells zu sich nach Hause, in eine der „unpunkigsten Nachbarschaften, die man sich vorstellen kann“, wie Eells schreibt. Diese Geste bezeichnet symptomatisch den Duktus aller Interviews und Artikel über Grace – seien sie von MTV oder dem *Rolling Stone*, sie vollziehen alle eine völlige Öffnung der privaten Sphäre gegenüber der Öffentlichkeit. Beim Dinner mit der Familie erzählt sie von der an ihr diagnostizierten gender dysphoria und ihren persönlichen Umgang damit. „Es war etwas sehr Verstecktes, mit dem sehr privat umgegangen wurde.“

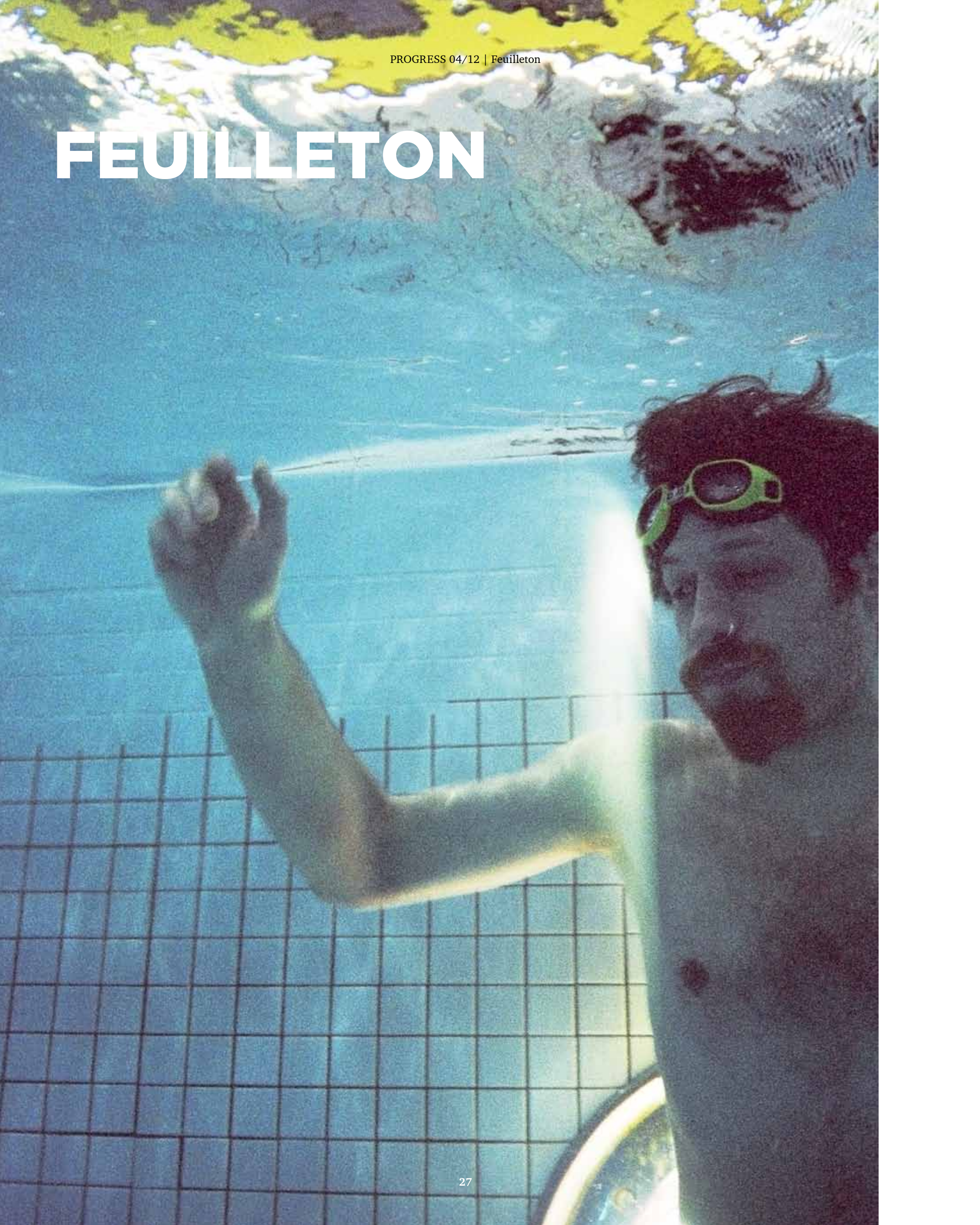
Die erste Punk-Generation der New Yorker Szene wollte sich, im Unterschied dazu, gegen den Mainstream behaupten. Die Pioniersfunktion, von der County spricht, findet sich bei Grace nicht. Sie macht ihre *transition* nicht zum Gegenstand ihrer Bühnenperformance, sondern will in erster Linie mit sich selbst ins Reine kommen. In einem Interview, das Grace für *The Guardian* gegeben hat, antwortet sie auf die Frage, warum sie eine derartige Strategie der völligen Offenlegung ihrer Privatsache wählte: „Es ist eine gewisse Art von Normalisierung, die man betreibt, wenn man damit so öffentlich umgeht.“ Nicht zuletzt scheint es einen pragmatischen Grund zu geben: „Wenn du so etwas wie das *Rolling Stone* hast, das du jemandem geben und sagen kannst: ‚Wenn du danach noch Fragen hast, nur zu‘, ist das großartig. Besonders wenn man sonst eineinhalb Millionen Gespräche führen müsste.“

Laura Jane Grace begegnet der Öffentlichkeit anders als die der frühe Punk. Provokation und Exzess waren dereinst das laute Gebot der Stunde – nicht nur als politischer Stil, sondern durchaus auch als Marketing-Mittel. Pop-Musiker_innen heute wollen und können sich nicht mehr durch solche Provokationen abgrenzen. Die Normalisierung, von der Grace spricht, könnte als eine Form des politischen Kampfes gesehen werden. Kunstschaffende wie sie wollen heute gewöhnlich sein. Und so zeigt sich auch deren Lebenswelt: normal, langweilig, gewöhnlich. Und das ist auch gut so.

* Ausdruck aus der Psychologie: GID Gender Identity Disorder

Die Autoren Michael Poigner und Jakob Falkinger studieren Philosophie und Romanistik an der Uni Wien.

FEUILLETON



Wo der Scheinwerfer nicht hingelangt

Die Jungautorin Anna Weidenholzer über den Entstehungsprozess ihres jüngst im Residenzverlag erschienenen Romans *Der Winter tut den Fischen gut*, ihren Zugang zum Schreiben und Sprachminimalismus.



Fotos: Alexander Götter

progress: Dein erster Roman *Der Winter tut den Fischen gut* ist gerade im Residenzverlag erschienen. Wann hast du zu schreiben begonnen?

Anna Weidenholzer: Ich hab immer geschrieben. Schon als Kind, später mal mehr, mal weniger. Während und nach dem Studium hab ich im Journalismus gearbeitet. Ich habe dann in Leonding die *Leondinger Akademie für Literatur* besucht. Dort habe ich den Literaturbetrieb kennengelernt, welche Zeitschriften, Stipendien und Preise es gibt und begonnen, die ersten Sachen einzureichen. So ist dann alles ins Laufen gekommen.

Wie hast du es geschafft, bei einem so großen Verlag wie dem *Residenzverlag* unterzukommen?

Über das erste Buch *Der Platz des Hundes*, das beim *Welser Mitter Verlag* erschien. Mein jetziger Lektor bekam es empfohlen, hat es gelesen und war begeistert. Irgendwann war dann ein Mail von ihm in meinem Posteingang.

Wie hast du dich dem Thema deines Romans genähert?

Es geht um Maria, eine arbeitslose Frau. Sie ist eine Textilfachverkäuferin, verliert mit Ende vierzig ihren Arbeitsplatz und ist dann in dieser schwierigen Situation, dass sie als für den Arbeitsmarkt zu alt und als schwer vermittelbar gilt. Sie verliert damit auch ihr soziales Umfeld und kommt immer mehr in die Isolation. Für das Buch hab ich beim AMS recherchiert, mit einem Arbeitslosen-

verein zusammengearbeitet und mit arbeitslosen Frauen gesprochen, alle so um die vierzig. Aus den Gesprächen hat sich dann auch die Struktur des Buches ergeben. Marias Leben wird rückwärts erzählt. In längeren und kürzeren Kapiteln wird ihre Geschichte aufgerollt. Der Ausgangspunkt war der, dass ich jedes Mal einer Frau begegnet bin, von der ich außer ihrem Namen nur wusste, dass sie langzeitarbeitslos ist. Dann sprachen wir miteinander und es ergaben sich kleine Mosaikteile aus ihrem Leben. Man sieht nach ein paar Stunden Gespräch die Person ganz anders. Das wollte ich in dem Buch nachbilden, dass man die arbeitslose Maria nicht nur als Arbeitslose sieht, sondern in ihrer ganzen Geschichte, weil sie den

Großteil ihres Lebens ja auch anders verbracht hat.

In der Protagonistin Maria stecken also verschiedene Geschichten über Arbeitslosigkeit?

Ja, es geht aber nicht nur um Arbeitslosigkeit, sondern auch ganz stark um Identität. Es sind mehrere kleine Geschichten, die immer mehr aus ihrem Leben ergeben.

War es für dich wichtig, eine Frau als Hauptcharakter zu wählen?

Bei dem Thema schon. Weil es für Frauen einfach noch einmal schwieriger ist, in dem Alter eine Arbeit zu finden. Mir war es deswegen wichtig, dass Maria eine Frau ist, und ich habe auch die Interviews nur mit Frauen geführt.

Warum das Thema Arbeitslosigkeit?

Es sind da mehrere Faktoren zusammengesommen. Das Thema hat mich schon länger beschäftigt. Der ausschlaggebende Moment zur Figur Marias war wohl beim Theater Hausruck in Attnang-Puchheim in Oberösterreich. Dort wurde ein Stück in einer ehemaligen Fabrik aufgeführt, eine Polstermöbelfabrik, die in Konkurs gegangen ist. Am Schluss des Stücks gab es eine Szene, wo in einem Lagerregal statt Waren Menschen in den Fächern waren. Die SchauspielerInnen haben einfach die Geschichten von Arbeitslosen in der Region erzählt. Also ganz normale Geschichten, Biographien, wo dann der Bruch dadurch kommt, dass man den Arbeitsplatz und das Umfeld verliert. Das war der zündende Moment zu den Interviews. Ich glaube, dass Arbeitslosigkeit immer ein Thema ist, solange es Arbeit gibt. Und dass die Tatsache, als was, wo und ob man arbeitet, sehr viel im Leben bestimmt.

In deinem Roman verstecken sich viele Zitate. In den Quellen ist auch die bekannte Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* von Paul Lazarsfeld und Marie Jahoda angeführt. Inwiefern spielte diese eine Rolle für dein Werk?

Die Studie war eine Basis für mein Buch. Ich habe es in den Interviews und der Recherche spannend gefunden, was sich in den 80 Jahren seit ihrem Erscheinen geändert hat – und das eigentlich relativ viel gleich geblieben ist. Die Art etwa, wie man mit Arbeitslosigkeit umgeht. Es gibt verschiedene Typen: die, die zuhause bleiben, nichts mehr machen und ihre Kinder nicht mehr versorgen, oder die, die noch ein bisschen aktiver sind und mit der Situation besser umgehen. Es war natürlich ganz ein anderes Umfeld in Marienthal 1933 als in Oberösterreich 2010, aber es gibt Parallelen. Ich denke, Arbeitslosigkeit wird immer ein großes Thema für die Betroffenen, aber auch für Nichtbetroffene bleiben. Es ist ein ziemliches Tabuthema. Es war zum Beispiel irrsinnig schwierig, InterviewpartnerInnen zu finden, die über ihre Situation sprechen wollten. Die wenigsten stehen zu ihrer Arbeitslosigkeit. Die meisten sagen: „Ich orientiere mich neu.“ oder: „Ich schau jetzt einmal.“

Es kommt auch ein Zitat aus Hildegard Knefs *Rote Rosen* vor ...

Im Buch sind viele Zitate aus Schlagern und Ratgebern. Ganz am Anfang zum Beispiel: „Machen sie konsequent systematisch parallel schnell und viel.“ Das ist so ein Ratgeber-Satz. Die vielen Schlager kommen vor, einfach weil Maria gerne Schlager hört und davon träumt, Sängerin zu sein. Auch Elvis kommt oft vor, weil ihr verstorbener Mann Elvis-Imitator war. Ich habe für das Buch viel Elvis und Schlager gehört. Was gut zur Figur passt, hab ich dann hineingenommen. Oder auch, was ich in Cafés gehört habe.

Hast du dich zum Schreiben bewusst an Orte begeben, an denen du dich sonst nicht aufhältst, die aber zu Maria passen?

Eigentlich bin ich mehr durch Zufall dort hingekommen und hab mir dann gedacht, das passt gut zu Maria. Einmal zum Beispiel war ich in so einem Beisl beim Franz-Josefs-Bahnhof in Wien. Weil alles schon zugehabt hat, sind wir dort hineingegangen. Das war einfach super dort. Es gab nur zwei Sorten Wein, Rot oder Weiß, auf dem Tisch war ein Foto von einem Hund. Meine Freundin hat gefragt, wo dieser Hund ist und die Kellnerin deutete zum Fenster, wo eine Urne stand, mit dem Hund drinnen. Daraus ist das Bistro Brigitte im Buch entstanden.

Ist es nicht sehr schwierig, über ein Milieu zu schreiben, aus dem man selbst nicht stammt? Die Grenze zum Voyeurismus ist doch oft sehr schmal. Wenn man mit dem Finger auf Leute zeigt, sich über sie lustig macht, um sich selbst weiter oben zu sehen, wird es problematisch. Dann wird das Ganze zum Sozialporno, wie man es aus dem Fernsehen kennt. Sicher, ich habe einen anderen Hintergrund als meine Protagonistin Maria, ich habe studiert, sie hat eine Lehre gemacht. Aber das ist ja das Spannende am Schreiben, den eigenen Horizont zu erweitern und sich mit anderen Lebensrealitäten auseinanderzusetzen. Mich interessieren die Ecken, wo der Scheinwerfer nicht hingelangt, das Alltägliche, das Absurde im Alltäglichen, ohne zu erklären oder zu belehren. Beschreiben, ohne bloßzustellen, den Figuren ihre Würde lassen.

Die Sprache in deinem Buch ist eher langsam und stark im Detail. Ist das dein üblicher Schreibstil oder eher ein

Resultat der Handlung?

Es ist generell schon eher meine Schreibweise. Am Anfang des Buches sind vielleicht noch mehr Details, weil die Protagonistin alleine ist, und wenn man alleine ist ja auch nicht wirklich viel passiert.

Du verwendest außerdem eine sehr reduzierte Sprache, keine Fragezeichen, keine Ausrufezeichen ...

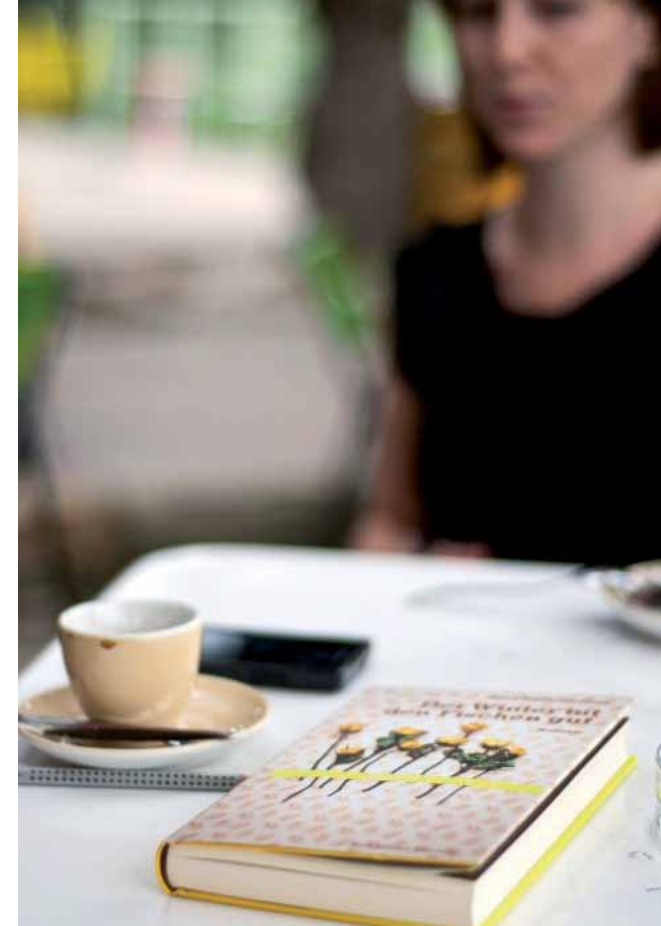
Genau. Ich verwende auch keine Anführungszeichen. Mir kommt das oft zu stark vor. Ich mag es, wenn ein Text fließend ist und offen bleibt. Mir sind manche Wörter einfach zu viel. Ich habe eher einen minimalistischen Zugang zur Sprache.

Die Protagonistin wirkt im Laufe der Arbeitslosigkeit immer neurotischer und esoterischer, nicht nur durch die Sprache.

Sie hört auf, zum AMS zu gehen und versucht es mit Ratgeber und Selbstoptimierungsliteratur. Sie beginnt etwa, Zettel mit Sätzen von in ihren Augen erfolgreichen Menschen auf den Spiegel zu kleben. Das ist diese Universumsgeschichte: Wenn man stark genug ans Universum glaubt, wird es alles richten. Das findet man in einem Bestseller-Ratgeber namens *The Secret*. Da steht etwa, dass man Rechnungen immer zerreißen soll, denn mit ihnen kommt Schlechtes ins Leben. Je mehr Rechnungen man bekommt, desto mehr glaubt man, dass man welche bekommt und man kriegt so nur noch Rechnungen. In solchen Ratgebern fällt die Schuld immer auf das Individuum zurück: Wenn ich mich an das halten würde, was in dem Ratgeber steht, würde ich auch aus der Situation rauskommen. Indem ich das aber nicht ganz schaffe, scheitere ich weiter. Es fällt alles auf das Individuum zurück – so als ob es keine gesellschaftliche oder soziale Verantwortung gäbe.

Lesungen und Termine:
<http://annaweidenholzer.at/http://annaweidenholzer.at/termine>

Das Interview führte Simone Grössing.



Rezension

Maria ist Anfang vierzig und verliert ihren Arbeitsplatz. Daraufhin beginnt sie, zum AMS zu gehen und arbeitet hart daran, einen neuen Job zu finden. Zwischen den AMS-Terminen und dem Warten auf eine Zusage, spielt sich das Leben in all seinen unscheinbaren Facetten rückwärts ab – seien es nun Geschichten über Otto, eine der Kaulquappen die Maria in ihrer Wohnung züchtet, Erinnerungen an den ersten Kuss mit ihrem verstorbenen Mann Walter im Wiener Prater oder der Einkauf am Fischmarkt im Winter.

Wachsam und liebevoll beschreibt Anna Weidenholzer den Alltag in der Arbeitslosigkeit, ohne dabei auch nur ein Detail zu übersehen. Sie erzählt die Geschichte einer wartenden Frau, die auf den ersten Blick in der Langsamkeit und Einsamkeit der Arbeitslosigkeit gefangen ist, bei näherem Hinsehen jedoch voller Sehnsüchte und Lebenshunger ist. Ein schönes, ruhiges Buch. (sg)

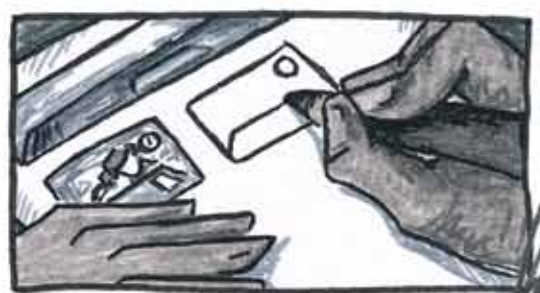
Der Winter tut den Fischen gut.
Residenzverlag 2012

Zur Person

Anna Weidenholzer wurde 1984 in Linz geboren und hat Vergleichende Literaturwissenschaft in Wien und Wrocław studiert. Sie hat zahlreiche Auszeichnungen gewonnen, unter anderen den Alfred-Gesswein-Preis 2009. Mit ihrem Erzählband *Der Platz des Hundes* war sie für das Europäische Festival des Debütromans in Kiel nominiert. 2011 erhielt sie das Österreichische Staatsstipendium für Literatur.

Tutorial: Brainstorming

Illustrationen: Anna Bissari



STEP ONE: DIE GLAUBWÜRDIGKEIT EINER GESCHICHTE.

Zeichenstil und Eigenschaften der Figuren müssen in die Umgebung passen. Dabei sollten die Bewegungen und Verformungen einer Figur im gesamten Comic konsistent bleiben. Falls es Regeln einer anderen, fiktiven Welt gibt, sollten diese früh vorgestellt werden. Dabei helfen detailliert ausgearbeitete Hintergründe. Wichtig: Auf die Perspektive achten! **TIPP:** Definiere eine Lichtquelle und koloriere danach. Falsche Beleuchtung wird als störend wahrgenommen.

STEP TWO: BLICKE LENKEN.

Die Leserichtung verläuft von links oben nach rechts unten. Abgeänderte Leserichtungen werden mittels kleiner Pfeile geordnet. Dabei helfen dicke, schwarze Konturlinien, die mit Tuschestiften gezeichnet werden. Details im Hintergrund mit dünnen Strichen nachziehen, den Vordergrund und alles Wesentliche dick halten.

TIPP: Die LeserInnen folgen dem Blick einer Figur, indem die Strichstärke variiert wird und Linien zusammenlaufen.



STEP THREE: KOMPOSITION.

Skizziere die Cells im Verhältnis zum endgültigen Format. Für die Bleistiftskizzen arbeite mit der Originalgröße und -form der Cells. Bedenke die Leserichtung bei vertikal oder diagonal über das Blatt verlaufenden Cells. Die Komposition in den Cells wird in der Bleistiftskizze nach dem fertigen Storyboard und vor finaler Umsetzung festgelegt. Perspektive, Proportionen und der allgemeine Look des Comics können hier einfach verändert, kopiert, bewegt und angepasst werden. Solange die finalen Linien klar sind, kann der Rest ein Bleistiftchaos sein. Nur der/die ZeichnerIn selbst muss sich darin auskennen.

TIPP: Lege das Format des endgültigen Drucks fest, bevor du das Storyboard anlegst – nicht vergessen: Platz für die Sprechblasen einplanen!

STEP FOUR: DIGITALES ARBEITEN.

Arbeite mit digitalen Graphikprogrammen wie Adobe

Uarrgh!

Die Designerin Anna Ehsani lüftet in sieben Schritten Zeichengeheimnisse und zeigt euch Tipps und Tricks für euren ersten Comic.

Photoshop und Illustrator. Erstelle Ordner und mache Collagen aus deinen Bildern, statt Vorder- und Hintergrund auf eine Ebene zu reduzieren. Das hilft beim erneuten Bearbeiten. Zeichne die Konturen digital mittels Tablet (Wacom) oder analog mit Tusche nach. Experimentiere digital mit der Helligkeit der Hintergründe und der Anzahl der Utensilien.

TIPP: Wichtig ist, dass du die analogen Eigenschaften deiner digitalen Kolorierung kennst. Passe beim digitalen Einfügen neuer Komponenten die Cutouts den Eigenschaften der Stifte an.

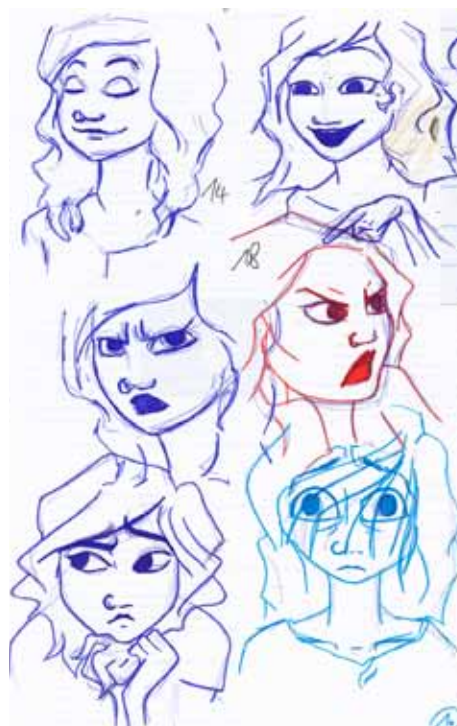
STEP FIVE: VORDER- UND HINTERGRUND.

Verwende dieselbe Technik für die Kolorierung von Vorder- und Hintergrund. Im Comic links ist der Vordergrund ausschließlich in zwei warmen, der Hintergrund in drei kalten Grautönen der Tuschestifte *Faber Castell Pitt Artist Pen* koloriert. Witze im Hintergrund funktionieren nicht oder sehr schwer.

TIPP: Digitale Skalierungen eines Hintergrunds verändern die Strichstärke der Konturen mit.

STEP SIX: CHARACTER- UND UMGEBUNGS-DESIGN.

Große Augen und Augenbrauen helfen beim Ausdruck. Optional kann auch mit dem oberen Augenlid als Ersatz für Augenbrauen gearbeitet werden. Probiere dein Characterdesign in allen für die



Geschichte relevanten Positionen und Gesichtsausdrücken aus, bevor du dich für die Figur entscheidest. Körperhaltung und Augen sind die wichtigsten Elemente bei einer Comic-Figur. Arbeite bei weiblichen Charakteren nicht mehr Details ein als bei männlichen, wenn sie im selben Comic auftauchen. Ecken, Kanten, „Kornettkörper“ unterstreichen männliche, weiche Kurven und „Sanduhrformen“ weibliche Figuren. Die Primärfarben Rot, Gelb und Blau werden mit Helden assoziiert (Denke an Superman und Co!), Grün, Violett und Orange mit Schurken. Verwendet man sie mit Vorsicht, helfen Stereotype und Vorurteile, einen Character und Umgebungen schnell einzuschätzen.

TIPP: Die Größe der Cells beeinflusst das Characterdesign und die Umsetzungstechnik. Im Comic links mussten bunte Schattierungen und detaillierte Ausdrücke reduziert werden, um die kleinen Cells nicht zu überladen.

STEP SEVEN: TEXT, EFFEKTE UND SYMBOLE.

Lerne neue Stifte kennen, indem du ihre Eigenschaften auf verschiedenen Papierarten ausprobierst. Dabei sollten auch Verläufe ausprobiert werden, weil jede Saugkraft einen anderen Effekt erzielt. Symbole in Sprechblasen können Text ersetzen. Sie werden je nach kulturellem Hintergrund der LeserInnen anders interpretiert. Text überträgt je nach Schriftart, Größe im Verhältnis zur Sprechblase, Strichstärke, Farbe und Form der Sprechblase verschiedene Emotionen. Analoge Kolorierungen werden bei mehrfacher Schichtung dunkler.

TIPP: Die Helligkeit von Farbflächen ändert sich analog wie digital bei veränderter Umgebungsfarbe.

Anna Parisa Ehsani studiert Medieninformatik an der TU Wien und Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Uni Wien. Sie zeichnet vor allem Illustrationen und setzt Animationsfilme im Bereich Informationsdesign um. Anna: „Informationen in Bilder zu verpacken, sodass sie bei längerem Betrachten mehr und mehr von sich Preis geben, ist eigentlich ziemlich einfach, aber wie alles Einfache ist es ungeheuer verzwickelt umzusetzen.“

Everything is going to be alright

Laut *The Economist* ist Vancouver neuerdings die teuerste Stadt Nordamerikas. Auch bislang als Problembezirke geltende Stadtteile werden zum Exerzierfeld profitorientierter Stadtentwicklung.

Lange Zeit galt Vancouver als verschlafenes Nest – trotz seiner Rolle als größte Stadt des kanadischen Westens. In den 1960er-Jahren wandelte sich die Provinz British Columbia mehr und mehr zu einem Rückzugsgebiet für US-amerikanische Wehrdienstverweigerer, die in einer Flucht nach Kanada die einzige Alternative zum Einsatz im Vietnamkrieg sahen. Und so ähnelt die politische Tradition Vancouvers jener der als liberal geltenden US-Bundesstaaten des pazifischen Westens, Oregon und Washington State. Besonders bemerkenswert ist der liberale Umgang mit dem Konsum von Marihuana: Vancouver duftet mancherorts wie die touristischen Gegenden Amsterdams. British Columbia gilt trotz seines rauen Klimas als eines der weltweit größten Anbaugelände.

Für kanadische Verhältnisse ist das Klima ungewöhnlich mild. Dass die Wintertemperaturen als erträglich gelten, ist mitunter Grund für die große Anzahl von Obdachlosen in Vancouver. Besonders der östliche Teil der Innenstadt, der Stadtbezirk Downtown Eastside (DTES), ist ein Zentrum der sichtbaren Obdachlosigkeit und gilt als einer der ärmsten innerstädtischen Bezirke Kanadas.

BEDROHTE HETEROGENITÄT. Die geographische Nähe zu Asien und der zweitgrößte Hafen an der nordamerikanischen Pazifikküste machen Vancouver zu einem attraktiven Handelsplatz. Die daraus resultierende Nachfrage nach Arbeitskräften hat viele Menschen aus Asien in die Stadt gelockt. Heute sprechen 52 Prozent der Bevölkerung eine andere Muttersprache als Englisch, gut ein Drittel der Bevölkerung stammt aus China. Nicht-kanadische Herkunft wird in einem Einwanderungsland wie es Kanada ist, in dem nur wenige Menschen leben, deren kanadischer Pass schon auf mehr als zwei Generationen zurückgeht, nicht als Manko gesehen.

Die Postleitzahl teilt sich DTES mit dem historischen Stadtviertel Gastown. Noch zu Beginn des neuen Jahrtausends galt auch Gastown als Problemviertel. Nach und nach revitalisierten vereinzelt kleine Geschäfte und Boutiquen das Antlitz der fünf bis sechs Straßenzüge. Das geschah freilich nicht, ohne auch größere Unternehmen und Immobilienfirmen auf den Plan zu rufen. Heute ist Gastown hip. Die billigsten Wohnungen gibt es dort heute für circa 40 Euro pro Quadratmeter. Auf Craigslist finden sich 35 m² für \$CA 1100, also um 900 Euro. Damit konkurrieren die Wohnungspreise in Downtown Vancouver mit denen Manhattans.

Problematisch ist diese Preissteigerung vor allem für die ursprünglich in Gastown und DTES lebenden

Menschen. Für diese werden der zunehmende Zuzug von Besserverdienenden und die damit einhergehende Verdrängung aufgrund der Preissteigerung zur existenziellen Bedrohung. Gentrifizierung bezeichnet den Prozess, im Zuge dessen traditionelle ArbeiterInnenviertel mit BewohnerInnen mit niedrigem Medianeinkommen und oft auch niedrigem Bildungsniveau, nach und nach zu Stadtteilen der gut ausgebildeten Besserverdienenden werden, wobei die weniger privilegierte Bevölkerung verdrängt wird. Dies passiert mithilfe von finanziellen Ressourcen sowie oft mit Unterstützung durch die Immobilienbranche und die Stadtverwaltung. Das soziologische Phänomen Gentrifizierung wird daher meist mit der Marketing-Umschreibung „Revitalisierung“ verschönt.

IMMOBILIEN-HOT-SPOT VANCOUVER. Die Immobilienindustrie wurde erst verhältnismäßig spät auf Vancouver aufmerksam. Begonnen hatte die „Aufwertung“ mit der Weltausstellung, die 1986 hier Station machte. Mit der Annektierung Hong Kongs durch die Volksrepublik China im Jahr 1997, wurde Vancouver für zahlreiche Vermögende aus Hong Kong attraktiv, die Enteignungen durch die neue kommunistische Führung fürchteten. Mit der Vergabe der Olympischen Spiele für 2010, die 2003 erfolgte und in der sich Vancouver auch gegen Salzburg in der Endauswahl durchsetzen konnte, setzte eine weitere Preisexplosion am Immobilienmarkt ein, Grundstücke wurden zum Spekulationsobjekt und für ein Vielfaches des ursprünglichen Kaufpreises verkauft. Während ein kleines Grundstück mit Einfamilienhaus im Vorort West Vancouver, das als kanadische Gemeinde mit dem höchsten Medianeinkommen gilt, zu Beginn des Jahrtausends schon stolze zwei Millionen Dollar einbrachte, hat sich der Marktpreis bis 2012 auf acht Millionen Dollar vervierfacht. Zu den bekanntesten Anwesen Vancouvers zählt etwa jenes der US-Talkmasterin Oprah Winfrey.

Nach und nach wurde die Innenstadt Vancouvers von Immobilienfirmen aufgekauft und saniert. Dem südlich der Downtown gelegenen Yaletown, das heute als Inbegriff von Neureichtum gilt, folgte Gastown als Schwerpunkt von innerstädtischer Revitalisierung. Anders als in Yaletown ist die soziale Demographie Gastowns, das vor allem für Menschen mit Bildungs- und Kunsthintergrund attraktiv ist, allerdings noch wesentlich heterogener. Als weitere Beispiele von Gentrification in Vancouver können auch das Stadtviertel South Main und ein Abschnitt am Commercial Drive genannt werden. Hier sind es aber vor allem Studierende und vereinzelte

Boutiquen, die die Straßenzüge revitalisieren. Eine Vermarktung durch die Immobilienbranche ist dort noch weitgehend ausgeblieben. Gleichzeitig werden einst als unerschwinglich geltende Gebiete, etwa im Stadtteil West End, heute wieder preiswert – preiswert im Verhältnis zu im Galopp steigenden Mieten in Gastown, wohlgerückt.

KONFLIKTE UND GENTRIFICATION. Bis vor kurzem galt die DTES als letztes innerstädtisches Viertel mit erschwinglichen Mieten, wo auch sozial benachteiligte Gruppen noch Platz in der Stadt hatten. Durch die Vermarktung des Straßenabschnitts zwischen Abbott Street und Gore Avenue, wo die Stadtverwaltung Bauplätze lieber für die Errichtung teurer Kondominien zur Verfügung stellt, statt leistbare Sozialwohnungen zu bauen, reduziert sich dieser Platz jedoch zunehmend. NGOs wie das *Carnegie Community Action Project* (CCAP) protestieren gegen diese Entwicklung und treten als Interessensvertretung für die in den städtischen Vertretungsgremien stark unterrepräsentierten BewohnerInnen der DTES auf. Einzelne Gruppierungen helfen, indem sie leerstehende Häuser aufkaufen, sanieren und zu niedrigen Preisen vermieten.

Die DTES bietet mittlerweile ein soziales Kontrastprogramm, das schwer zu übersehen ist: Schicke Coffeeshops teilen sich die Fassade mit halbverfallenen Stundenhotels: Neben einer mit der neuen *Acne*-Kollektion ausgestatteten Boutique können Abhängige von der Stadtregierung subventioniertes Methadon beziehen. Dass dieses Kontrastprogramm nicht immer im Ausstechen der finanziell Schwächeren enden muss, beweist der Unternehmer Mark Brand: Im Herbst 2011 hat er das Diner *Save on Meats* saniert und wiedereröffnet und bietet dort neben günstigem Frühstück für die hiesigen Bobos auch vergünstigte Sandwiches und eine Suppenküche für die Obdachlosen der Hastings Street an. Dennoch stößt Brands Geschäftsaktivität auf den Widerstand einiger in der DTES tätigen Aktionsgruppen, wie etwa der *DTES not for Developers Coalition*. Diese sprach sich im Februar dieses Jahres für einen Boykott des Diners als Gentrifier Landmark aus.

Vinzent Rest studiert Sozioökonomie in Wien.

Weiterführende Informationen:
<http://thependent.ca/featured/gentrifiers>
<http://ccapvancouver.wordpress.com>
<http://saveonmeats.ca>

„NIMMER DAS MAUL VERBIETEN LASSEN.“



Götz, Judith (2012): *Bücher gegen das Vergessen. Kärntnerslowenische Literatur über Widerstand und Verfolgung*, Klagenfurt/Celovec, Wien: kitab-Verlag.

Sich nicht mehr den Mund verbieten lassen. Damit endet das Buch der kärntnerslowenischen Partisanin Jelka, das den Kampf der Minderheitenangehörigen um ihre Rechte auch in der Zweiten Republik deutlich macht. Die Literatur- und Politikwissenschaftlerin Judith Götz hat dieses Buch wie auch andere autobiographische Werke von AutorInnen

wie Anton Haderlap oder Peter Kuhar analysiert. In allen Biographien, die weniger das gesamte Leben als bestimmte Lebensabschnitte zum Inhalt haben, nehmen die Zwangsaussiedlungen, die Zeit in nationalsozialistischen Lagern, der PartisanInnenkampf und die Situation der Kärntner SlowenInnen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg eine zentrale Rolle ein. Götz untersucht in ihrem zweifach ausgezeichneten Diplomarbeiten- und Publikationsprojekt sowohl den Entstehungskontext als auch Spezifika und Gemeinsamkeiten der Werke.

Auf äußerst lesenswerten 248 Seiten arbeitet sie anhand der ausgewählten Werke vor allem die gesellschaftspolitische Bedeutung der literarischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen seitens Kärntner SlowenInnen heraus und problematisiert den Umstand, dass die Bücher keinen Eingang in den öffentlichen Diskurs sowie den Literaturkanon gefunden haben. Götz zeichnet dabei die lange Geschichte der Benachteiligung, Ausgrenzung und Verfolgung der Kärntner SlowenInnen sowohl auf einer ideologiekritischen als auch auf einer historischen Ebene nach – vor, im und nach dem Nationalsozialismus. Sie verwebt gekonnt eine historisch-politische mit einer literaturwissenschaftlichen Ebene und bleibt dabei auch für LaiInnen in den Bereichen

österreichische Minderheitenpolitik, Antislowenismus und Literaturforschung verständlich.

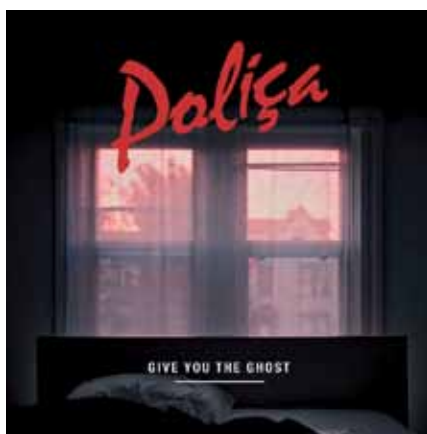
Alle analysierten Werke tragen sowohl autobiographische als auch dokumentarische Züge und bewegen sich damit zwischen (KZ-)Bericht und postfaktischer Erinnerungsliteratur. Auf Debatten rund um die (Un-)Darstellbarkeit der nationalsozialistischen Gräueltaten wird von den AutorInnen nicht Bezug genommen, im Vordergrund stehen vielmehr Überlegungen, wie das während des Nationalsozialismus Erlebte nicht in Vergessenheit geraten und damit ein Korrektiv zum vorherrschenden Geschichtsdiskurs in Kärnten/Koroška darstellen kann. Obwohl die Werke unterschiedlich enden, stehen am Schluss bei allen Enttäuschung oder der Umstand, weiterkämpfen zu wollen und zu müssen, wie beim eingangs erwähnten Zitat von Jelka. Götz' Werk selbst setzt den Kampf ebenso fort: jenen gegen das Vergessen der kärntnerslowenischen Verfolgten des Nationalsozialismus.

17. 10. 2012, 19:00 Uhr, Buchpräsentation im Republikanischen Club, Rockhgasse 1, 1011 Wien.

Die Autorin Elke Rajal studiert Politikwissenschaft im Doktorat an der Uni Wien.

Zweimal hingehört

POLIÇA
GIVE YOU THE GHOST (2012)



Philipp: Zum Glück schreiben wir die Kritiken hier nicht unter dem Label „brandnew“. Denn in diesem Fall kämen wir wohl nicht ohne eine Besprechung des, den schleichenden Herbstbeginn ankündigenden, Zweitlings der britischen Band *The xx* aus. Bis Redaktionsschluss ist *Coexist* noch nicht erschienen, so können wir uns ruhigen Gewissens jener Band widmen, die Kritikerliebling Bon Iver als „die beste Band, die er je gehört hat“ bezeichnet. Angesiedelt irgendwo zwischen Elektronik, Folk und RnB, ist das wohl eindringlichste Merkmal von *Poliça* die einnehmende Instrumentalwirkung der mit Autotune frisierten Stimme von Sängerin Channy Leaneagh. Zwei

Schlagzeuge unterfüttern zudem einen psychedelischen Klangteppich, der der Sogwirkung von *The xx* um nichts nachsteht. Schon beim Opener *Amongster* wird klar, dass man sich dem nicht so schnell entziehen kann.

Flora: Der klare Bass, die zarte Stimme und die plätschernden Melodien auf *Poliça*'s neuem Album *Give you the Ghost* sind anfangs wohlbekömmlich und ganz interessant. Das kippt aber im Laufe der Tracks. Wie Vanille-, Erdbeer-, Straciatella- und Schokoeis geschmolzen und zu einer braunen Sauce vermischt: Ein pinksüßer Einheitsbrei, der trotz seiner vielseitigen Elemente tösend und beizeiten dösend langweilig ist. Es ist belanglose Begleitmusik, die sich bestimmt an jedes nette Frühstück und jeden Strandaufenthalt stachelfrei anschmiegt, jedoch ähnlich violetter Satinbettwäsche jeden One Night Stand verkitscht. Zum Joggen könnten die immergleichen Beats jedoch passen. Aber Achtung: Es kann leicht das Gefühl aufkommen, im Kreis zu laufen. Fazit: Ausschließlich geeignet für DiplomarbeitsschreiberInnen, die stundenlang Zitate kontrollieren und sich nicht von Musik ablenken lassen wollen. Denn immer das Gleiche unbeirrt weitermachen, das zeigt die Platte bestens vor.

FRANK OCEAN
CHANNEL ORANGE (2012)



abhebt und völlig ohne genre-übliche Klischees auskommt. Höhepunkt des Albums: die 10-minütige Zeitschleife *Pyramids*.

Flora: Frank Ocean hat nun also sein Debütalbum veröffentlicht. Gut so. Denn der langsame R'n'B ist durchaus abwechslungsreich und tut den Ohren nach *Poliça* richtig gut. Allerdings haben weniger Oceans Songs als sein Outing die Weltpresse abseits der Musikmagazine aufgewirbelt – ein schwuler R'n'B-Sänger: Was nicht sein kann, das nicht sein darf? Ocean macht gerade diese homophobe Plattitüde zum Thema in seinen Tracks. In *bad religion* verhandelt er so auf gefinkelt wenigen Songzeilen nicht nur eine unerwiderte Liebe, sondern auch religiös motivierten Schwulenhass im Islam. Inhaltlich schafft es Ocean damit weit über den Mainstream-R'n'B hinaus. Und wer grundsätzlich nichts gegen dieses Genre einzuwenden hat, wird mit seinem Album bestimmt auch sonst glücklich. Allen anderen sei zumindest der Song *Super Rich Kids* ans Herz gelegt, der auch das eigentliche Zentrum des Albums ist.

Die AutorInnen Philipp Lindner und Flora Eder studieren Politikwissenschaft an der Uni Wien.

Verhindern wir gemeinsam ein postdemokratisches Europa

Plädoyer für eine europäische Volksabstimmung zum Fiskalpakt.
Ein Kommentar von Katja Kipping.

Foto: ZVG Katja Kipping



Wir erleben gerade die schlimmste ökonomische und politische Krise der Europäischen Union. Warum? Weil es der Finanzmarktindustrie gelungen ist, ihre falsche Erzählung über die Ursache der Krise durchzusetzen. Sie wird nun nicht mehr als Krise der Finanzinstitute und ihrer Fehlspekulationen wahrgenommen, sondern als Staatsschuldenkrise. Dabei sind die tatsächlichen Ursachen der Krise am besten mit drei U zu beschreiben: Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, Ungleichgewichte bei der Vermögensverteilung und die Unterregulierung der Finanzmärkte. Einige Fakten zur Verdeutlichung: Die reichsten 10 Prozent verfügen über circa zwei Drittel des Vermögens. Europaweit ist die Lage ähnlich: Die 3,1 Millionen Dollar-Millionäre verfügen laut dem *World Wealth Report* von *Capgemini* und *Merrill Lynch* gemeinsam über 10,2 Billionen US-Dollar Netto-Vermögen. Diesem Reichtum in den Händen von circa einem Prozent der Bevölkerung steht eine immer weiter steigende Armutsquote gegenüber. In der EU sind heute mehr als 16 Prozent der Menschen von Armut betroffen. Die Schattenbanken, auch bekannt als Hedgefonds, haben inzwischen einen finanziellen Umfang, der jenem der normalen Geschäftsbanken nahekommmt. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss der Exportnation Deutschland beträgt 170 Milliarden Euro.

Als Folge der Krisenerzählung der Finanzwirtschaft wurde in Europa unter deutschem Druck der „Fiskalpakt“ durchgesetzt. Er verpflichtet die unterzeichnenden Staaten, eine Schuldenbremse in ihren Verfassungen zu verankern, die weitere Kreditaufnahmen faktisch verbietet. Übersteigt die Verschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, sollen sie bestraft werden. Das klingt zunächst vernünftig. Wer hat schon gerne Schulden?

Straßen, Schulen und Schwimmbäder werden über Jahrzehnte genutzt. Deshalb ist es nur logisch, dass diese Investitionen auch über Jahre finanziert werden.

Dabei weiß jedeR EigenheimbesitzerIn mit Durchschnittseinkommen, dass das eigene Domizil nur über einen Kredit finanziert werden kann. Die Schuldenquote der EigenheimbesitzerInnen ist in Bezug auf ihr Jahreseinkommen schnell höher als die der Staaten,

die als hochverschuldet gelten. Aber nicht nur Menschen oder Unternehmen müssen manchmal investieren. Das Gleiche gilt für Staaten. Straßen, Schulen und Schwimmbäder werden über Jahrzehnte genutzt. Deshalb ist es nur logisch, dass diese Investitionen auch über Jahre finanziert werden.

Staatliche Investitionen führen in der Regel sogar zu mehr Einnahmen. Der Staat investiert in Infrastruktur und Bildung und schafft damit die Voraussetzung, dass Unternehmen Gewinne und Menschen gute Löhne erzielen können. Durch gezielte Investitionen kann der Staat sogar einem Absinken der Einnahmen in einer Krise entgegenwirken. Diese Logik galt übrigens als Grundgesetz, bis sie durch die Schuldenbremse ersetzt wurde.

Kritisch wird es für den Staat erst, wenn seine Einnahmen zurückgehen – so wurden die Spitzensätze der Einkommenssteuer in den USA von 1950 bis heute von 90 Prozent auf 35 Prozent, in Deutschland von 95 Prozent auf 45 Prozent und in Frankreich von 60 Prozent auf 40 Prozent gesenkt. Der Spitzensatz der Einkommenssteuer ist zwischen 1998 und 2007 EU-weit um 4,9 Prozentpunkte zurückgegangen. Auch vermögensbezogene Steuern sind immer weiter gesunken. Heute beträgt ihr Aufkommen als Anteil des BIP in der EU noch 2,1 Prozent. Diese seit Jahrzehnten betriebene Politik des Einnahmeverzichts ist letztlich der Grund für die Schuldenkrise der Staaten. Doch von einer stärkeren Besteuerung von Reichtum ist heute kaum die Rede.

UNVERBINDLICHE LYRIK. Den Fiskalpakt als „Schuldenbremse“ zu bezeichnen, ist ein Euphemismus. Treffender ist, ihn als Investitionsbremse zu bezeichnen. Das faktische Investitionsverbot ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv. So als würde man einem Unternehmen verbieten, in neue Maschinen zu investieren und es zwingen, weiter mit nicht mehr wettbewerbsfähigen zu arbeiten. Die Folge ist klar: Die Pleite wird wahrscheinlicher, nicht unwahrscheinlicher. Der Fiskalpakt wird Deutschland zwingen, jährlich 25 Milliarden Euro einzusparen. Die Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik* weist allerdings darauf hin, dass in Deutschland ein zusätzlicher Investitionsbedarf von mindestens 75 Milliarden Euro pro Jahr besteht. Bei konsequenter Umsetzung der Schuldenbremse setzt das eine extreme Erhöhung der Steuereinnahmen voraus, die nicht mit einer europäischen Transaktionssteuer oder einer leichten Erhöhung der Einkommensteuer zu erzielen ist. Der Fiskalpakt wird also notwendige Investitionen verhindern und zu Sozialabbau führen.

POSTDEMOKRATISCHE EU. Im Fiskalpakt manifestiert sich zudem der postdemokratische Zustand der europäischen Gesellschaft. Der von oben verordnete Sparzwang erhält auf einmal europaweit Verfassungsrang. Der europäische Demos wird nicht gefragt. Eigentlich hätte der Fiskalpakt eine Modifikation der europäischen Verträge nötig gemacht. Aber die Exekutiven haben den Fiskalpakt am Europarecht vorbei als völkerrechtlichen Vertrag durchgesetzt. Mit dem Fiskalpakt steht der Kontinent, auf dem einst das Demokratieprinzip geboren wurde, vor einer autoritären Wende. Was jetzt auf dem Spiel steht, ist der Kern der Demokratie, nämlich, dass Parlamente über die Verwendung von Steuern, über Investitionen und Einsparungen eigenständig entscheiden. Setzt sich die Logik des Fiskalpakts durch, vollziehen die Parlamente letztlich nur noch die neoliberale Spardoktrin. Die Demokratie wird in eine Zwangsjacke der Alternativlosigkeit gesteckt. Sie wird zu einer Veranstaltung von TechnokratInnen, bei der einzig darum gestritten werden darf, wer am effektivsten spart, wer Frauenhäuser, Universitäten und Sozialsysteme am besten zusammenstreicht. Mit dem Fiskalpakt haben die Neoliberalen ihr ökonomisches Paradigma in Marmor gemeißelt. Das Projekt Europa steht am Scheideweg. Mit dem Fiskalpakt werden die Weichen in Richtung Sozialabbau gestellt. Der Euro wird scheitern. Eine gemeinsame Währung kann die verstärkten sozialen Unterschiede in Europa einfach nicht aushalten. Um das zu sehen, muss man kein Linker sein. Selbst der

US-Präsident Barack Obama kann dem Sparkurs nichts abgewinnen. In Deutschland klagt meine Partei, DIE LINKE, deshalb gegen Fiskalpakt und EU-Rettungsschirm. Beide sind mit unseren Vorstellungen von Demokratie und Sozialstaat nicht vereinbar. Ein Vertrag, der so stark in die demokratischen und

Das Projekt Europa steht am Scheideweg. Mit dem Fiskalpakt werden die Weichen in Richtung Sozialabbau gestellt.

sozialen Rechte eingreift, sollte nur per europaweiter Volksabstimmung beschlossen werden. Zwei Alternativen könnten zur Auswahl stehen. Zum einen der Fiskalpakt, also Investitionsbremse und Sozialabbau. Diesen Weg möchte Schwarz-Gelb gemeinsam mit Rot-Grün einschlagen. Oder zum anderen eine Politik, die an der Wurzel der Krise ansetzt und endlich eine europäische Wirtschafts- und Sozialunion auf den Weg bringt. Dafür ist eine Umverteilung von oben nach unten und über eine couragierte Regulierung der Finanzmärkte unabdingbar.

So eine Abstimmung könnte auch einen positiven Aspekt verstärken: Lange galt die EU als ein Projekt der Bürokraten in Brüssel. Die Öffentlichkeit

konzentrierte ihre Aufmerksamkeit vor allem auf das eigene Land. Doch immer mehr Menschen blicken über den nationalen Tellerrand. Die Wahlen in Griechenland und Frankreich wurden auch in Deutschland mit großem Interesse verfolgt. Namen wie Alexis Tsipras und François Hollande sind in aller Munde, als handle es sich um Fußballstars. Eine europäische Öffentlichkeit und ein europäischer Demos sind auf einmal da. Sie sind der Hoffnungsträger für eine soziale und demokratische Erneuerung der EU. Vorerst werden sie die europäische Idee vor dem Fiskalpakt verteidigen müssen.

Die Dresdnerin Katja Kipping (Jahrgang 1978) wurde im Juni 2012 mit 67 Prozent zur Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE gewählt. Als Vertreterin der innerparteilichen Strömung der emanzipatorischen Linken, die nicht an die „Erwerbsarbeit als allein seligmachende Bestimmung des Menschen“ glaubt, tritt sie trotz Gegenwind aus der eigenen Partei als vehemente Befürworterin des Bedingungslosen Grundeinkommens auf. Die deklarierte Feministin ist außerdem Mitbegründerin des Instituts Solidarische Moderne sowie des Magazins prager frühling.

OBB

**FÜR
DIE
UNI
LERNEN** **ODER
FÜR
DAS
LEBEN**

SCHNELL RAUS INS LEBEN MIT DER ÖSTERREICHcard <26 UM € 2,80* PRO TAG.

Wo du die nächsten 365 Tage unterwegs bist, ist deine Entscheidung. Ob du täglich auf die Uni fährst oder einfach mal ganz woanders hin – um € 2,80* pro Tag kommst du mit der ÖSTERREICHcard <26 überall hin. Alle Infos gibt's auf oebb.at

GANZ ÖSTERREICH FÜR € 2,80*/TAG

OBB ÖSTERREICHcard <26
Benjamin Sauerer
gültig bis 30/09/2013

* Preis bezogen auf die ÖSTERREICHcard <26 2. Klasse, Gesamtpreis € 999,-. Alle ÖSTERREICHcards sind unterjährig nicht stornierbar.



INNSBRUCK
INTERNATIONAL
FREESKI FILM FESTIVAL
2012



THE ULTIMATE
CELEBRATION
OF SKIING

OCTOBER 5TH - 6TH, INNSBRUCK

OCTOBER 1ST - 4TH, HINTERTUX FREESKI SESSION



MOVIES + ATHLETES + ARTS + MUSIC

INNS'
BRUCK

TIROLER LANDESTHEATER & STADTSÄLE, 6020 INNSBRUCK

WWW.IF3.AT

